

Mitglieder der Dichterakademie. Stehend, von links: Will Vesper, Börries von Münchhausen, Hans Grimm, Erwin Guido Kolbenheyer, Wilhelm Schäfer. Sitzend, von links: Werner Beumelburg, Hans Friedrich Blunck, Agnes Miegel, Hanns Johst, Emil Strauss, Rudolf Binding.

Die Literatur im Dritten Reich - es gibt in diesem Sinne keine Literatur des Dritten Reiches - ist älter als der Staat, und sie ist in Zukunft wieder zu entdekken. Dies ist schon allein deshalb notwendig, um eine Seite im deutsche Schicksal wieder zum Erklingen zu bringen, die uns daran erinnern könnte, daß eine globalisierte, gleichgeschaltete Einheitswelt nicht unsere Zukunft sein darf. Und diese Dichter werden wieder gelesen werden. Noch kann man antiquarisch auf die Denker zugreifen, in Zukunft wird man sie wie Klassiker neu verlegen müssen, um den Deutschen einen Teil ihres Gedächtnisses zurückzugeben. Beispielhaft können hier nur einige Namen genannt werden.

Als einer der Stammväter volkhafter Dichtung darf sicherlich der 1866 geborene Paul Ernst bezeichnet werden. Ernst machte die Mission der Deutschen lebendig, in dem er in seinen Versepen und Romanen den Blick in eine glanzvolle mittelalterliche Vergangenheit lenkte. Er versuchte damit, seinen Deutschen Mut zu machen. Seine Gewißheit: Deutschland wird leben, ein Bekenntnis, das er bereits vor hundert Jahren mit der Forderung eines nationalen Europas verknüpfte, in der jedes Volk, so eben auch die Deutschen, ihre Form und ihre Aufgabe finden müßten: »Findet Deutschland die Form für ein Handeln in ganz neuer Weise, dann ist es gut, dann führt es die Welt weiter, aus dem jetzigen Zustand heraus. Findet es die Form nicht, dann geht die Welt unter, wenigstens die europäische.« In dem Roman *Saat auf Hoffnung* (1916) thematisiert Ernst bereits die zukünftigen sozialen Frontstellungen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber stehen sich unversöhnlich gegenüber. Ernst macht in dem Roman klar, daß die soziale Frage nicht von außen gelöst werden kann, sondern nur von innen, indem sich Besitzlose und Besit-

zende entwickeln und »andere Menschen werden«. Für diesen Gedanken müssen in dem Roman zwei Menschen ihr Leben opfern während eines Arbeiteraufruhrs. Dieses Opfer wird Beispiel für eine gemeinsame nationale Lösung des sozialen Problems stilisiert.

Auch Wilhelm von Scholz gehört zu den Vergessenen. Auch er antwortete damals Romain Rolland und verblieb im nationalsozialistisch regierten Deutschland als freier Geist, der seine Position längst vorher gefunden hatte. Seine Lyrik knüpft an große Traditionen deutscher Dichtung an. Sein Gedicht »Abend« kann man wohl in seiner Qualität mit Goethes »Über allen Wipfeln« vergleichen:

»Wir stehen im Schauen und sprechen kein Wort.
Der Abend zerflattert auf dunklen Wiesen,
strenge Schatten kommen vom Torf,
Steigen als stumme Riesen
Über Schollen behutsam fort
Ins Dorf. ..«

Völlig unerkannt ist heute auch die Größe des bereits erwähnten Sudetendeutschen Erwin Guido Kolbenheyer, dessen Andenken freilich heute wenigstens noch von einer kleinen, aber rührigen KoLBENHEYER-Gesellschaft hochgehalten wird. Kolbenheyers Werke ranken sich ebenfalls um die großen GoETHEschen Themen. Der Mensch wird zwischen Mikrokosmos und Makrokosmos dargestellt, im Spannungsfeld zwischen Natur und Gott. Wie kein anderer vermochte es Kolbenheyer, diese Sinnsuche in die literarischen Gestalten seiner Romane hineinzugießen und in die weitumspannte Lyrik. »Halte in allem dein Eigentum, deine Art fest, denn sie ist deine letzte Wahrheit«, so sein Bekenntnis. Kolbenheyer beherrschte verschiedenste Formen, verschiedenste literarische Spielarten. Meisterhaft seine zeitnahen Romane wie *Das Lächeln der Penaten* oder die großartige Erzählung über die Suche des heutigen Menschen nach dem Sinn des Seins in der modernen, zerbrochenen Welt *Maximilian Reps*. Tiefgründig die Romane aus den Weiten der deutschen Mystik (etwa *Joachim Pausewang),* die auch eine heute längst vergessene Seite der Deutschen lebendig machen. In seinem Drama *Jagd ihn, ein Mensch* beschäftigt Kolbenheyer bereits früh die Frage der Ethik von Menschheit und Fortschritt.

Mit dem *Riesenspielzeug* hat Emil Strauss 1934 den Kontrapunkt gegen eine ortlose Asphaltliteratur gesetzt und gleichzeitig moderne ökologische Themen in das Zentrum seiner Arbeit gestellt. Das *Riesenspiefzeug* ist noch heute von verblüffender Modernität. Junge Menschen werden nach Abschluß ihres Studiums als Suchende gezeichnet. Aus der Vereinzelung der Großstadt heraus suchen sie Gemeinschaft und die Wiedereinbindung in lebendiges Volkstum. Sie erwerben einen Bauernhof, um mit der Einheit zu ihrem Volk auch die Einheit mit sich selbst wiederzufinden. Keineswegs ist diese Dichtung mit platter >Blut und Boden-Mystik< überfrachtet, sondern gleichsam poetisch und hu-

morvoll. Denn der Weg zu einer neuen Identität ist eben durchaus schwieriger, als dies der erste romantische Impuls hätte erahnen lassen.

Hans GRIMM, der viele Jahre seines Lebens im Ausland zugebracht hatte, gehört zu den auch sprachlich modernen Dichtern, die mit beiden Beinen im 20. Jahrhundert stehen und dennoch einen kulturellen Gegenentwurf zur sogenannten Moderne darstellen. Hans GRIMM berichtet vom Schicksal seines Volkes und tritt als Autor ganz zurück hinter Schicksal seiner Gestalten. Diese »Selbstausschaltung«, wie GRIMM dies nannte, führte ihn in seinem *Deutschen Südwesterbuch* (1929) zum völligen Verzicht auf eine künstlerische Form. GRIMM schildert in ungewohnter Sachlichkeit das Leben in diesem Land und seine charakteristischen Schicksale. In dem fremden Terrain arbeitet GRIMM die Lebenswirklichkeit der Deutschen mit einer ungeheuren Intensität heraus, so etwa der *Richter in der Karu* (1930). Hier werden nicht nur die Konflikte zwischen Deutschen und Schwarzen thematisiert, sondern das Schicksal der weißen Rasse in Afrika überhaupt. Die Grausamkeit der afrikanischen Sandwüste wird im Erzählband *Der Gang durch den Sand* geschildert. Ein deutscher Soldat schleppt sich mit einer schweren Verwundung durch den Sand, von einem Schwarzen verfolgt, der nur darauf wartet, ihn berauben zu können. Der Tote wird schließlich von einer englischen Patrouille gefunden und begraben.


Hans GRIMM.

Wenn man sich heute die Bevölkerungsdichte unseres Landes anschaut, dann zeigt sich hier das vielleicht bekannteste Buch von Hans GRIMM von besonderer Aktualität. *Volk ohne Raum* gehört zur größten politischen Dichtung des 20. Jahrhunderts überhaupt. Während alle anderen europäischen Staaten im Verlauf des letzten Jahrhunderts ihre Territorien vergrößern konnten, ist Deutschland immer mehr zusammengeschrumpft. Mit dem Roman sollte das deutsche Schicksal, wie GRIMM einmal meinte, eine Stimme verliehen werden: »Weil nun im Leben, das in diesem Buch geschildert wird, unser gemeinsames deutsches Schicksal sein Antlitz nackend zeigt, wie es ja zuweilen geschieht, daß die Geschichte eines einfachen Mannes zugleich das Geschick eines Volkes enthüllt, weil also in unsere ungeheuerliche Angelegenheit hier ein breiter Einblick sein wird, deshalb müssen diesem Buche Glocken vorausläuten! Oder meinst du, daß es irgendein Größeres gäbe auf Erden und im Himmel als letzte Schicksalsfragen unseres Volkes?«


Paul ERNST.

In diesem Zusammenhang konnte eine Richtigstellung nur angedeutet werden. All jene Ungenannten, heute Vergessenen oder Verfemten legen lebendiges Zeugnis davon ab, daß sich zwischen 1933 und 1945 ein kultureller Wille entfaltete, eine Sprache gesprochen wurde in der Literatur, die heute aus dem Erinnerungsvermögen der Deutschen getilgt wurde. So wie erst kürzlich aber eine Kammermusik Ludwig VAN BEETHOVENS wiederentdeckt wurde, so wird auch die viel jüngere volkhafte Literatur wieder entdeckt werden und als Anregung dienen, die blutleere Moderne durch eine Literatur zu überwinden, die das Schicksal der Menschen und damit eben der Völker wieder in das Zentrums ihres Bemühens stellen wird. Andreas Molau

Herbert Wehner

Herbert Wehner (1906-1990) gilt gemeinhin als sozialdemokratisches Urgestein, als >Zuchtmeister< der bundesdeutschen Nachkriegs-SPD. Ihm wird die innerparteiliche Durchsetzung des > Godesberger Programms< zugutegehalten, durch das sich die SPD endgültig zur Volkspartei entwickelte, darüber hinaus der Freikauf zahlreicher politischer Häftlinge aus der DDR, den Wehner hinter den Kulissen einfädelte. Nicht zuletzt sorgte er mit einer weitausholenden Grundsatzrede vor dem Bundestag am 30. Juni 1960 dafür, daß auch die SPD auf Westkurs ging und ihren außenpolitischen Frieden mit den kapitalistischem Mächten machte.

Daß Wehner in der Weimarer Republik aktiver KP-Funktionär war, ist seit langem bekannt. 1930 wurde der gebürtige Dresdener stellvertretender Parteisekretär in Sachsen. Ein Jahr später legte er sein Landtagsmandat nieder und ging nach Berlin, wo er für Walter Ulbricht arbeitete; 1932 stieg er zum technischen Sekretär< des KPD-Politbüros auf.

Wehners kommunistische Bilderbuchkarriere endete mit der NS-Machtergreifung mitnichten. Die KPD wurde zwar verboten, doch Wehner arbeitete illegal weiter, bis er 1935 als Mitglied des Zentralkomitees nach Moskau ging. Er wohnte im Emigranten-Hotel >Lux< und bekam einen Decknamen: Kurt Funk. 1941 reiste er im Parteiauftrag ins neutrale Schweden, wurde verhaftet und interniert. Seinem eigenen Bekunden zufolge vollzog sich in dieser Zeit sein Bruch mit dem Kommunismus.

Soweit die offizielle Geschichte. Die dunkleren Kapitel in Wehners Biographie konnten bis vor kurzem nur gemutmaßt werden, denn auch in seinem Fall schlummerte die Wahrheit bis zum Ende der Sowjetunion in kommunistischen Geheimarchiven. Im Fall des >Kurt Funk< dauerte es bis Anfang der neunziger Jahre, bis die inoffizielle Geschichte einer kommunistischen Vorzeigekarriere nachgezeichnet werden konnte. Der Hamburger Historiker Reinhard Müller hat sie 1993 in einem akribisch recherchierten Buch dokumentiert. Titel: *Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941.*[1]

Seine These ist schnörkellos, und sie erschüttert das Bild vom impulsiven, etwas schrulligen SPD->Zuchtmeister< nachhaltig. Müller zufolge war Wehner während seiner Moskauer Jahre kein harmloser Mitläufer im Häuflein deutscher Exilkommunisten, sondern ein kalter Überzeugungstäter, ein Hüter der reinen kommunistischen Lehre. Seine deutschen Mit-Exilanten denunzierte er reihenweise beim sowjetischen Geheimdienst. Für Dutzende von ihnen bedeutete dies Folter und Tod. Unter Hinweis auf Moskauer Aktenfunde sagt Müller: »Er [Wehner] war als Wahrer von Reinheit immer auf der richtigen Linie und hat natürlich alle, die diese Reinheit quasi irgendwo gefährden konnten oder gefährdet haben, aus der Partei verjagt.«

[1] Reinhard Müller, *Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941,* Rowohlt, Berlin 1993.



Herbert Wehner als Sekretär des Anarchisten Erich 1926 – Mühsam.

Eine dezente Umschreibung, denn Müllers Hauptindiz, die unter dem Archivkürzel N82/11646 von ihm aufgefundene Kaderakte Wehners, führt die entlarvenden Details in penibler Genauigkeit auf. Wehner wurde demzufolge im Februar 1937 dreimal in der Lubjanka, der Moskauer Zentrale des Sowjetgeheimdienstes NKWD, verhört - aber nicht, wie üblich, von Folterknechten, sondern von hochrangigen Polit-Offizieren und Sekretärinnen, die Wehners Aussagen zu Protokoll nahmen. Anders als viele seiner deutschen Mit-Exilanten kehrte Wehner unbeschadet wieder ins Hotel >Lux< zurück. Dafür nahmen sich die NKWD-Häscher in den darauffolgenden Wochen und Monaten zahlreiche andere Kommunisten aus Deutschland vor.

Grundlage dafür war ein auf Wehners Aussagen beruhender >Direktivbrief<, den NKWD-Chef Jeschow in aller Eile kompilierte. Wehner hatte die Sowjets mit voller Absicht auf eine >Täter<gruppe gehetzt, die dem NKWD bislang verborgen geblieben war: >Trotzkisten<, die sich angeblich gegen die KPdSU verschworen hatten und die Wehner unumwunden als »Schädlinge« bezeichnete. Laut Kaderakte forderte er den Sowjet-Geheimdienst ausdrücklich dazu auf, »eine Offensive gegen die Schädlingsarbeit« der Trotzkisten vom Zaun zu brechen.

»Wehners >Beitrag< und seine protokollierten >Besprechungen<«, schreibt Reinhard Müller, »wurden als Versatzstücke sowohl in den Befehlstext Jeschows wie in die beigefügte >Orientierung< eingefügt, die im Schnellverfahren durch die NKWD-Terminologie überformt und mit eigenen Erkenntnissen aus laufenden oder abgeschlossenen >Untersuchungen< des NKWD ergänzt wurden. ... Wehners Expertise und seine protokollierten. . . Berichte. .. lösten mit dem NKWD-Direktivbrief Nr. 12 nach dem 14. Februar 1937 eine umfassende Verhaftungswelle unter den deutschen Emigranten in der Sowjetunion aus.«

Ende desselben Jahres ging Wehner sogar noch weiter und bot sich dem NKWD ausdrücklich als Denunziant an. Als er eine Niederschrift weiterer

Informationen übergab, hält das Protokoll die folgende Verpflichtung fest:

»Ich werde meine Kenntnisse von Personen, die mit der illegalen Arbeit in Deutschland zu tun hatten und haben und die irgendwie im Zusammenhang mit Provokation usw. stehen, aufschreiben, um so das Auffinden wieterer Fäden zu erleichtern, die unter Umständen nach der Sowjetunion führen.«

Fest steht, daß daraufhin Dutzende deutscher Emigranten in STALINS Machtbereich verhaftet wurden. Zenzl MÜHSAM zum Beispiel, die Ehefrau des prominenten Anarchisten Erich MÜHSAM, die auf WEHNERS Denunziation hin nach Sibirien verbannt wurde und sich dort von Bettelei ernähren mußte; erst 1955 konnte sie nach Deutschland zurückkehren. Weitere WEHNER-Opfer waren die Schauspielerin Carola NEHER, der Abweichler Max HOELZ und Erich WOLLENBERG.

WEHNER selbst erinnerte sich später an die von ständiger Furcht vor der Verhaftung geprägte Atmosphäre in der deutschen Exilantenkolonie im Moskauer Hotel >Lux<: »Jeder war bestrebt«, schrieb er, »sich von den meisten anderen in einem sicheren Abstand zu halten. Hinter Besuchen witterte man die Absicht des Besuchers, etwas Spezielles in Erfahrung bringen zu wollen. Fast alle verleugneten frühere Freunde... Jeder suchte im stillen nach entlastenden Erklärungen für frühere Freundschaften, Zusammentreffen und Ereignisse, aus denen nun Gefahren erwachsen könnten.«

Seit Reinhard MÜLLERS Recherchen steht fest, daß einer der prominentesten Denunzianten und NKWD-Informanten Herbert WEHNER hieß. Was diesen 1946 nicht daran hinderte, seinerseits die Not des Verfolgten für sich zu reklamieren: »Ob diese Verhaftungen irgendetwas mit meiner Verteidigung gegen die zu meiner Vernichtung konstruierten Anklagen zu tun gehabt haben, wage ich nicht zu entscheiden.«

Dank der Kaderakte N82/11646 weiß es die Nachwelt besser. 1941 ging WEHNER, ausgestattet mit einem hochoffiziösen Auftrag und der Summe von 500 Rubeln, ins neutrale Schweden. In der Moskauer Zentrale firmierte er als die Nummer eins unter den deutschen Kommunisten. Er hatte alle denkbaren Konkurrenten höchstselbst ans Messer des NKWD geliefert. Karl Richter



Herbert WEHNER im schwedischen Zuchthaus. Aus: Peter Kleist, *Herbert Wehner am Schalthebel,* Hannover [3]1972.

»HJ-Jungen hacken Köpfe ab«

Über die führenden Vertreter des Dritten Reiches und seine Organisationen kann man heute alles, auch das Unsinnigste, behaupten, ohne daß es sofort zurückgewiesen wird - es muß nur abwertend sein.

So schrieb am 20. Juni 1999 ein Hartmut LANGE, Jahrgang 1937 und Literaturpreisträger der CDU-nahen Adenauer-Stiftung, in der als seriös geltenden *Welt* »Wir haben heute noch jene Fotos in Erinnerung, auf denen lachende HJ-Jungen gefangengenommenen >Untermenschen< vor einer Grube den Kopf abhacken.«

Diese Aussage ist anscheinend frei erfunden und ganz neu. Sie entbehrt natürlich jeder Wirklichkeit. Sie ist vorher auch wohl nicht gemacht worden, denn solch ein Vorgang, hätte er jemals stattgefunden, wäre im Rahmen der Umerziehung seit Jahrzehnten weidlich ausgeschlachtet worden und hätte in die Schulbücher Aufnahme gefunden.

Ein Leser der *Welt,* der auch nicht glauben konnte, daß solches damals geschehen sei, wandte sich an den Zeitgeschichtler Prof. Dr. Franz W. SEIDLER von der Münchener Bundeswehrhochschule. Dieser erklärte, daß die Behauptung des Herrn LANGE unhaltbar sei. Der Leser wandte sich dann an das Münchner Institut für Zeitgeschichte, eine staatliche Einrichtung, die sicher nicht in dem Ruf steht, >revisionistisch< zu sein oder das Dritte Reich verharmlosen zu wollen. Von dort kam die lapidare Antwort, daß weder Fotos noch Dokumente bekannt seien, die LANGES Behauptung belegen. Der Leser wandte sich auch an die *Welt* selbst und bat um Belege. Zunächst wurde von der Zeitung Aufklärung zugesagt. Dann hüllte sie sich in Schweigen. Nach Monaten teilte sie im Oktober 1999 mit, daß Herr LANGE dabei sei, zu überprüfen, ob es sich bei dem von ihm behaupteten Vorgang um Hitler-Jungen gehandelt habe. Seitdem herrscht wieder völlige >Funkstille<.

Wie bei der üblen Anti-Wehrmachtausstellung die Millionen deutschen Soldaten, so soll offenbar durch solch eine Lügen-Behauptung eine ganze Generation von Jugendlichen diffamiert werden. Wenn auch nichts stimmt, etwas bleibt eben doch hängen. Und das ist die teuflische Methode der Umerziehen

Lügen über die Hitler-Jugend

Im Zuge der Vergangenheitsbewältigung wurden und werden von bundesdeutschen Medien immer wieder auch über die Hitler-Jugend falsche Behauptungen veröffentlicht und unberechtigte Urteile gefällt, obwohl es inzwischen aus kundiger Hand und von Zeitzeugen die betreffenden Richtigstellungen gibt.[1] Insbesondere in der Fernsehreihe »Hitlers Kinder« tauchten 1999/2000 wieder die alten und falschen Klischees der Umerziehung auf. Als eine kurze Richtigstellung mehrerer solcher Geschichtslügen sei der BrieP angeführt, den der langjährige frühere enge Mitarbeiter des Reichsjugendführers Baldur VON SCHIRACH, Günter KAUFMANN, am 9. März 2000 an den Intendanten Professor Dieter STOLTE des *ZDF* sandte. KAUFMANN schrieb darin:

»Sehr geehrter Herr Intendant,

bevor Sie die *ARTE-Serie* >Hitlers Kinder< Ihres Mitarbeiters Guido KNOPP in das ZDF übernehmen, darf ich Sie höflichst auf einige der darin verbreiteten Geschichtsfälschungen und Unwahrheiten aufmerksam machen. Ich möchte Sie davor warnen, Komplize dieses Historienmalers zu werden.

So wird im Teil IV behauptet, die Kinderlandverschickung im 2. Weltkrieg habe dazu gedient, >die Jugend fern von den Eltern aufs Land zu **Verle**gern und >den Funktionären auszuliefern. Doch kein Wort dazu, daß die Teilnahme an der KLV freiwillig war, also mit Willen der Eltern erfolgte, auch kein Wort, daß nur auf diese Weise die 2,4 Millionen Jugendlichen dem völkerrechtswidrigen Bombenterror der Alliierten entzogen wurden und den Vätern an der Front die Angst genommen werden konnte, ihre Kinder daheim könnten in den Großstädten den Bomben zum Opfer fallen.

Daß Hitlerjungen in den KLV-Lagern oder sonstwo >zum Töten erzogen< wurden, ist eine durch nichts, durch keine Veröffentlichung im Führer-Organ der HJ *Wille und Macht* belegte Unwahrheit. Als der damalige Oberstleutnant ROMMEL im Jahre 1938 den Reichsjugendführer veranlassen wollte, Unteroffiziere der Wehrmacht zwecks vormilitärischer Erziehung in HJ-Einheiten einzusetzen, antwortete ihm dieser: >Ich erziehe die Jugend für den Frieden, nicht für den Krieg.< ROMMELS Vorschlag lehnte er ab (nachzulesen bei DIWALD).

In der ARTE-Sendung am 9. Februar wird verbreitet: >Eltern gaben ihr Erziehungsrecht auf.< Wahr ist das Gegenteil. SCHIRACH hat in allen seinen Reden (publiziert in: *Revolution der Erziehung)* Schule, Hitler-Jugend und Elternhaus als gleichberechtigte und nötige Erziehungsfaktoren bezeichnet.

Grober Unfug ist es auch, von der >Illusion der Gleichheit in der HJ< zusprechen. Ihr Verdienst war es, zur Überwindung des Klassenkampfes beizutragen, der noch für die Verhältnisse in der Weimarer Republik kennzeichnend war und den ja auch unsere heutige Bundesrepublik nicht wieder belebt, sondern seine Überwindung in der HJ stillschweigend akzeptiert hat.

[1] Neuere Darstellungen sind u.a. Günter KAUFMANN, *Auf Teufel komm raus. Unwahrheiten und Lügen über die nationalsozialistische Jugendbewegung,* Kurt Vowinckel, Berg 1999, darin mehr als 80 Richtigstellungen zu Falschbehauptungen über die HJ in der Gegenwartsliteratur; ders., *Ein anderes Drittes Reich, Visionen der nationalsozialistischen Jugendbewegung im Spiegel der Dokumente,* Druffel, Berg 2001; Jutta RÜDIGER, *Hitlers Kinder antworten Prof. Guido Knopp,* Zeit-Reisen, Bochum 2001.

[2] Kopie des Briefes beim Verfasser. Der vollständige Text erschien inzwischen auch in: Günter KAUFMANN, aaO. (Anm. 1), S. 117 ff.



Jungvolk marschiert vor dem Reichsjugendführer Baldur von Schirach in Nürnberg 1933. Amateurfoto.

Eine Lüge verbreitet Knopp mit der Behauptung, die HJ habe zu den befohlenen Brandstiftern der Pogromnacht des 8. 11. 1938< gehört. Die Befehle Schirachs, der die Vorgänge dieser Nacht sofort als >Kulturschande< verurteilte und die Teilnahme daran den HJ-Einheiten durch Rundruf in der gleichen Nacht verbot, waren Knopps Mitarbeiter Dr. Buddrus bekannt.

Die notwendige Vergangenheitsbewältigung kann nicht durch Verbreitung von Unwahrheiten und Lügen erfolgreich sein. In Artikeln, die in einer USA-Zeitung und in einer hiesigen Zeitschrift erschienen, bezeichne ich Ihren Mitarbeiter Guido Knopp als einen öffentlich-rechtlichen Geschichtsfälscher und sehe darum seiner Klage und einer über mehrere Instanzen zu führenden gerichtlichen Auseinandersetzung in der Gewißheit entgegen, daß dadurch die Wahrheit ans Licht kommt.«

Auf diesen Brief antwortete der angeschriebene Intendant nicht, was wiederum für die heutige Zeit bezeichnend ist.

In diesem Zusammenhang sei auch richtiggestellt, daß die HJ-Führung nicht zu den Ausschreitungen vom 9. 11. 1938 (>Kristallnacht<) aufrief, sondern sich sofort gegen eine Teilnahme an dem Pogrom wandte: »So ist die Teilnahme an der >Reichskristallnacht<, der Jugend untersagt worden. Als der zweite Deutsche - erst Gustloff, dann vom Rath - von einem Juden ermordet worden war, entstand eine Pogromstimmung. Als von Schirach das bemerkte, erfolgte durch einen sofortigen Rundruf an alle Gebiete der HJ die Anweisung, die HJ habe auf keinen Fall daran teilzunehmen. Nachdem in München aus Eigeninitiative fünf Jungen den Antiquitätenhändler Bernheimer um Geld erpreßt hatten, ließ von Schirach durch seine Frau am nächsten Tag mit einer Entschuldigung der Reichsjugendführung das Geld zurückbringen, und die Jungen wurden sofort aus der HJ ausgeschlossen.«[3]

[3] Jutta Rüdiger, aaO. (Anm. 1), S. 5 f.

Greuelmärchen über die Hitler-Jugend

Im Jahre 1938 erschien in New York von der Thomas MANN-Tochter Erika das Buch *School for Barbarians, Education under the Nazis*[1] mit üblen Greuelmärchen über die Hitler-Jugend (HJ) und den Bund Deutscher Mädel (BDM). Da eine wörtliche Übersetzung des polemischen Titels in Deutschland sofort die Unglaubwürdigkeit des ganzen Buches erwiesen hätte, zog der deutsche Verlag[2] die Objektivität versprechende - und damit verfälschende - Überschrift *10 Millionen Kinder. Die Erziehung der Jugend im Dritten Reich* vor. Die Taschenbuchausgabe[3] von 1989 versuchte Alfred GROSSER[4] mit einem Nachwort aufzuwerten.[5] Die 1905 geborene Verfasserin lebte während des Dritten Reiches in der Emigration und hat HJ und BDM gar nicht kennengelernt. Um so mehr läßt sie ihre blühende Phantasie walten, die sie den unbedarften Amerikanern als historische Wahrheit vorsetzt. So schreibt sie über die BDM-Mädchen (S. 161):



Erika MANN, *10 Millionen Kinder. Die Erziehung der Jugend im Dritten Reich.*

»Gleichgültig ob verheiratet oder nicht, Kinder soll sie haben, die Forderung kehrt wieder in allen Äußerungen der Nazis über die Situation der deutschen Mädchen und Frauen. Mütter sollen sie werden - Mütter, Mütter, Mütter. Und wir wissen, daß der >Führer< dies persönlich von ihnen verlangt hat, - dies und nichts sonst, und daß sein Wort Evangelium ist, allen, die da schreiben, lehren, aufrufen, herrschen und verurteilen im Nazi-Deutschland. Es ist auch gleichgültig, wie man es anstellt, Mutter zu werden, und gar, ob man den Mann liebt, der einen dazu macht. Es mögen viele Männer sein, jedes Jahr ein anderer, wenn sie nur alle >rassisch vollwertig< und gesundheitlich zufriedenstellend< sind. Die >Liebe< hat ihr Recht verloren im Dritten Reich, - so gut wie die Treue, die Freiheit, die Gerechtigkeit, die wägende Vernunft... «
Ferner auf S. 163: »Die praktischen Möglichkeiten, schon vierzehnjährig Mutter zu werden, sind in Hitler-Deutschland vorzüglich. Das Leben in der >Staatsjugend<, - die Treffen der Knaben- und Mädchen-Lager bei festlichen

---

[1] Erika MANN, *School for Barbarians. Education under the Nazis,* New York 1938; Vorwort von Thomas MANN.

[2] Erika MANN, *10 Millionen Kinder. Die Erziehung der Jugend im Dritten Reich,* Edition Spangenberg, München 1986.

[3] Erika MANN, *10 Millionen Kinder. Die Erziehung der Jugend im Dritten Reich,* Deutscher Taschenbuch- Verlag, dtv Band 11125, München 1989.

[4] Alfred GROSSER, geb. 1925 in Frankfurt am Main als Sohn eines jüdischen Professors für Kinderheilkunde; 1933 mit den Eltern nach Paris emigriert; Professor in Paris.

[5] Entgegnung auf dieses Nachwort im »Offenen Brief« von Günter KAUFMANN in: *Askania Studiensammlung für Zeitgeschichte und Jugendforschung,* Heft 9, September 1990, S. 31-34. Der Verfasser erteilte die Genehmigung zur Verwendung von Stellen dieses Offenen Briefes.

Gelegenheiten, das >Landjahr< bei den Bauern, all dies gemeinsame Übernachten im Heu, im Stall, in den Jugendherbergen - es bietet die besten Chancen für den behördlich so begünstigten Akt. Die Zahl der unehelichen Schwangerschaften und Geburten in der >Staatsjugend< ist denn auch enorm. Gramvoll sehen aus der Ferne die Eltern dem Treiben ihrer kleinen Töchter zu, - gramvoll und ohnmächtig.« Dazu paßt dann die Mär von dem 18jährigen Gebietsführer (S. 165), der eine 16jährige heiratet, die von ihm ein Kind erwartet, »weil die Eltern ihnen sonst kein Geld mehr geben«.



Erika MANN (1905-1969), rechts, neben ihrem Bruder Klaus.

Das sind jedoch Lügen, auch in Nebensachen. In all den zwölf Jahren des Dritten Reiches hat es keinen 18jährigen Gebietsführer gegeben. Den Namen weiß Frau MANN ja auch nicht zu nennen. Die - ganz andere - Wirklichkeit in HJ und BDM kann man in den Reden des Reichsjugendführers Baldur VON SCHIRACH[6] oder in dem Führungsblatt der HJ *Wille und Macht*[7] nachlesen, wo es zum Beispiel heißt: »Die Schranken der bürgerlichen Moral niederzureißen, will nicht heißen, der Zügellosigkeit um des Kindersegens willen Tür und Tor zu öffnen und die alten, bewährten Ordnungen der Familie, die schon TACITUS an unseren Vorfahren bewundert hat, umzustoßen.«[8] Genau im Gegensatz zu den Lügen von Erika MANN steht dort die Aufforderung, man soll »im Kameradenkreis denjenigen zurechtstoßen, der die Maßnahmen zur Sicherung der Volkskraft und den Schutz der unverheirateten Mutter dazu ausnutzen möchte, sich einmal nach Lust und Trieb gründlich auszuleben«.

Tatsache ist, daß die wenigen BDM-Mädchen, die ein uneheliches Kind erwarteten, aus dem BDM ausscheiden mußten, auch im Kriege. Die Reichsreferentin des BDM, Dr. Jutta RÜDIGER, stellte damals heraus, »als Richtmaß des sittlichen Handelns habe alles zu gelten, was der Erhaltung der Familie

---

[6] Baldur VON SCHIRACH, *Revolution der Erziehung,* Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachfolger, München 1938.

[7] Insbesondere in: *Wille und Macht,* Heft 2, 1943 unter dem Titel »Von Frauen, Liebe und Sitte«, und Heft 10, 1940, Feldpostbrief »Wir Feldgrauen und die Mütter des Volkes« von Günter KAUFMANN.

[8] Günter KAUFMANN, in: *Wille und Macht,* Heft 10, 1940.

dient«, und damit auch genau das Gegenteil dessen, was die **MANN**-Tochter wahrheitswidrig behauptet.

Über die Verpflegungslage der deutschen Jugend im Friedensjahr 1938 schreibt Erika MANN gegen alle Wahrheit (S. 40):

»Daß diese Kargheit nachgerade groß ist in Deutschland und daß besonders die heranwachsende Jugend (objektiv) unter ihr zu leiden hat, ist bekannt. Es hapert mit der Versorgung auf beinahe allen Gebieten, - längst sind die Fette rationiert, längst sind gutes Fleisch, frische Eier, reines Mehl zu kostbaren Raritäten geworden. Die Brotkarte sogar, diese gefürchtetste Einrichtung der späten Kriegsjahre, scheint unvermeidlich, und schon heute ist das Brot schwarz, feucht, durch Kartoffel- und andere Zusätze verdorben, für empfindliche Mägen kaum mehr verdaulich. Die Kinder aber, denen körperlich so Strapaziöses zugemutet wird, sind besonders betroffen.«

Richtig ist dagegen, daß 1938 und auch noch in den Kriegsjahren die Ernährung in Deutschland gesichert und ausreichend war, daß Mangel und Hunger erst ab 1945 unter der alliierten Besatzungsherrschaft eintraten.

Eine Lüge ist auch die von Erika MANN vorgebrachte Geschichte von dem Jungvolk-Knaben Gerd-Felix und einer Nachtübung, für die er und seine Kameraden angeblich »alle Gewehre und Revolver mitbringen sollten«, womit der HJ vormilitärische Ausbildung an Waffen unterstellt werden sollte. Gegen diese hat die HJ sich jedoch mit Erfolg - bis weit in den Krieg hinein - verwahrt[9] und alle entsprechenden Versuche der Wehrmacht abgewiesen. Die HJ hielt sich an den vom Völkerbund genehmigten >Wehrsport< im Gegensatz zur vormilitärischen Jugendausbildung etwa in Großbritannien.

[9] Ausführliche Darstellung in: Herbert TAEGE, ... *über die Zeiten fort,* Askania Verlag, Lindhorst 1978, S. 85-92.

Den Gipfel der Verleumdungen erreicht die Autorin mit folgenden Sätzen: »Das Leben der deutschen Staatsjugend ist haßerfüllt« (S. 168), und »es muß gehaßt werden, in Deutschland glühend, verzehrend und ohne Unterlaß muß all das gehaßt werden, was dem großen Ziel der Eroberung der Welt durch die Nazis entgegenstehen könnte - unschuldige Begriffe selbst, wie die der >Vernunft<, der >Frömmigkeit<, der >Liebe zum Frieden<. Und er wird sorgsam aufgebaut und gepflegt, der Haß, mit aller Systematik und Konsequenz.«

Tatsache ist dagegen, daß in der Zeit, da Erika MANN ihre Schrift verfaßte, der Reichsjugendführer 1938 als das »Jahr der Verständigung« proklamierte, daß 1936 insgesamt 51178 junge Ausländer die HJ besucht hatten, darunter 3609 Amerikaner, 2370 Franzosen, 2457 Norweger usw. Im August 1937 fand in Bad Reichenhall ein deutsch-französisches Jugendlager statt, dem ein französisch-deutsches Jugendlager in Cannes entsprach. Der französische Ministerpräsident CHAUTEMPS empfing am 2. September den Leiter der Jugendabordnung, KLEIN, und am 9. September begrüßte der französische Staatspräsident LEBRUN auf Schloß Rambouillet sämtliche Teilnehmer des Jugendlagers. Das Führerorgan der HJ *Wille und Macht* brachte ein Sonderheft in deutscher und in französischer Sprache heraus, in dem der französische

Ministerpräsident CHAUTEMPS und der französische Botschafter in Berlin, FRANgois-PoNCET, mit eigenen Beiträgen vertreten waren, das ausschließlich der Freundschaft und der Versöhnung diente, wie das auch dadurch zum Ausdruck kam, daß der Sohn des französischen Botschafters in Berlin Dienst in der HJ leistete.

Die von Erika MANN behauptete Erziehung zum Haß stellt die Ereignisse der damaligen Zeit innerhalb der HJ geradezu auf den Kopf. Als Lügnerin steht sie da, schrieb doch Baidur VON SCHIRACH in seinem »Gruß an Frankreich« in dem Sonderheft von *Wille und Macht* am 15. Oktober 1937: »Wenn wir in den törichten Fehler verfallen sollten, uns zu hassen, haben wir alles zu verlieren - wenn wir uns zu einer edlen Haltung gegenseitiger, auf Wesenskenntnis gegründeter Achtung erheben, haben wir viel zu gewinnen: nämlich das Glück unserer Kinder.«

Der folgende Jahrgang von *Wille und Macht* vertiefte diese Gedanken noch. In dem Text eines Artikels zu diesem Thema heißt es dann: »So beruht die Auslandsarbeit der HJ auf dem Fundament gegenseitiger Achtung. Sie dient der Erziehung der Jugend des eigenen Volkes und dem Frieden. .. Das Führerkorps möge sich bemühen, die Sprachen anderer Völker zu erlernen und zu verstehen. Es muß eindringen in die seelischen Bezirke eines anderen Volkes, die nur die Kenntnis der Sprache erschließt. Denn sie ist Dolmetscher zwischen den Völkern - und hier Erzieher der Jugend.«[10]

[10] *Wille und Macht,* Heft 1 Jahrgang 6, 1. Januar 1938, Nachdruck in: *Askania-Studiensammlung,* Heft 9. September 1990, S. 35-37.

Abermals Lügen über die HJ

Es sind viele Bücher über die Hitler-Jugend mit falschen Behauptungen geschrieben worden. Den Vogel an Verleumdungen schießt wohl das Pamphlet *Education for death* von Gregor ZIEMER[1] ab. Der Verfasser, der vor dem Zweiten Weltkrieg die amerikanische Schule in der Platanenallee in Berlin-Charlottenburg leitete, trat mit seinen Behauptungen auch in einer eidesstattlichen Erklärung (Affidavit) - Dokument PS-2441 - beim Nürnberger Prozeß gegen den Reichsjugendführer Baidur VON SCKRACH auf.[2] Das Affidavit kam in mehreren Sitzungen des Tribunals zur Sprache.[3] Einige Behauptungen ZIEMERS wurden dabei schon durch andere eidesstattliche Erklärungen widerlegt. Ausführlich hat sich der ehemalige Pressereferent SCHIRACHS, Günter KAUFMANN, mit einer Reihe von Lügen dieses Buches befaßt.[4] Einige seien richtiggestellt.

ZIEMER schreibt: »Die Partei versorgte die HJ mit jährlich 10 000 Revolvern und mit allen Gewehren, die sie für Schießwettkämpfe benötigte.« Richtig ist, daß die NSDAP die HJ weder mit einem Revolver noch mit einem Gewehr ausgerüstet hat. Der Reichsjugendführer hat Ende der dreißiger Jahre ausdrücklich die vormilitärische Erziehung der HJ abgelehnt, wie sie bei ausländischen Jugendorganisationen, etwa in England, üblich war.

ZIEMER behauptet, die sechs- bis zehnjährigen Jungen seien bereits in der HJ erfaßt worden. Richtig ist, daß erst die zehnjährigen ins Jungvolk eintraten, die vierzehnjährigen in die HJ.

ZIEMER gibt den Namen der Reichsreferentin des Bundes Deutscher Mädel (BDM) mit Gertrud SCHOLTZ-KLINK an. Doch diese leitete die Deutsche Frauenschaft und hatte mit dem BDM nichts zu tun, dessen Reichsreferentin Dr. Jutta RÜDIGER war.

ZIEMER behauptet: »Die Nazi-Mutter weiht ihren Sohn HITLER, bevor er geboren ist. Wenn der Junge sechs Jahre alt ist, leistet er den ersten Eid, sein Leben für den Führer zu opfern.« Beides ist blühender Unsinn und ohne jede Begründung in der Wirklichkeit.

Die vom Reichsjugendführer ausgegebenen Jahresparolen für die HJ werden von ZIEMER bewußt falsch wiedergegeben:

---

[1] Gregor ZIEMER, *Education for death*, Verlag Oxford University Press, London-New-York-Toronto ⁶1941.

[2] Internationaler Militärgerichtshof (Hg.), *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher,* Dokumentensammlung, Nürnberg 1947-1948, Bd. 5-6, S. 503-544.

[3] Internationaler Militärgerichtshof (Hg.) *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher*. Verhandlungsniederschriften, Nürnberg 1947-1948, Bd. 5, S. 340 f., Bd. 14, S. 402, 437 f., Bd. 18, S. 499 f., Bd. 22, S. 448.

[4] Günter KAUFMANN, »Der meineidige Kronzeuge«, in: *Askania-Studiensammlung für*

Schirachs Jahresparolen	Ziemers Verfälschung
1933 Jahr der Einigung	One Reich, one nation, one Führer
1934 Jahr der Schulung	Fight Waste
1935 Jahr der Ertüchtigung	Health is power
1936 Jahr des Deutschen Jungvolks	Beauty of labour
1937 Jahr der Heimbeschaffung	We must build hostels
1938 Jahr der Verständigung	Every youth a flyer
1939 Jahr der Gesundheitspflicht	Hitler Youth on the march
1940 Jahr der Bewährung	We march against England
1941 (Axmann) Jahr des Aufbaus von neuen Gebieten	England began the war - Germany will win it

Ziemer beschreibt als offensichtlich bezeichnenden Vorgang, daß auf einem Heimabend des BDM in Berlin ein 17jähriges lediges BDM-Mädchen mit einem Neugeborenen Mittelpunkt der Gruppe gewesen sei und die übrigen auch zu solchem Tun aufgefordert habe: »Tue es doch selbst, der Führer erwartet das von uns.« Wirklichkeit ist dagegen, daß ein Mädchen mit einem unehelichen Kind aus dem BDM ausgeschlossen wurde und die Reichsreferentin dazu später rückblickend erklärte: »Das heranwachsende Mädel war vor den biologischen und seelischen Schäden einer unehelichen Frühmutterschaft zu bewahren. Das erwarteten auch die Eltern von der Führung des BDM. 15- oder 16jährige Mütter.. . waren nicht und konnten nicht das Erziehungsziel des Bundes Deutscher Mädel sein.«



»Hitlers Bräute« Gregor Athawin Ziemer (1899-1980).

Ziemer schreibt in seiner blühenden Phantasie über die BDM-Mädchen, »Hitlers Bräute«: »Die Nazi-Songs machten ihre Körper zur Mutterschaft kräftig.« Und er läßt sich dann aus: »Ein Pfeifsignal rief die Mädchen für ihre Freiübungen, wir gingen vorbei und sahen sie Reihen bilden. Bald standen sie im weichen, tiefen Gras, barfuß, ihre einzige Kleidung, sehr kurze Hose, dünne weiße Sporthemden, lassen Luft und Sonnenschein jeden Fleck ihrer ganzen Körper berühren, sie strecken sich, wiegen und führen ihre Hände hinauf und hinab an ihren Schenkeln und lassen sie über ihre Brüste gleiten, wie die Sportlehrerin sie führt durch eine Serie von sinnlichen Bewegungen. Wenn es solchen Mädchen nicht in jedem Nerv nach 15 Minuten solcher Übungen, mit nackten Füßen die Erde küssend, kribbelt, dann waren sie nicht normal.«

Auch wenn Ziemer abwertend vom »kleinen, dicklichen Reichsstudentenführer« Schirach schreibt, der in Heidelberg 1938 in einer Rede vor Studenten deren Eifer bei der Zerstörung der dortigen Synagoge gelobt und ihnen Ehrungen dafür überreicht haben soll, ist jedes Wort gelogen, wie es schon von Schirach und seinem Verteidiger in Nürnberg klargestellt wurde: Schirach war weder klein noch dick, war ab 1934 weder Studentenführer noch 1938 in Heidelberg, hat insbesondere dort keine Rede vor Studenten nach der Kristallnacht gehalten, sondern hat sofort die Beteiligung der HJ an dem Pogrom im November 1938 verboten und die Vorkommnisse als »Kulturschande« bezeichnet.

Ebenso ist es allein Ziemers Phantasie entsprungen, wenn er schreibt - und beschwört -, daß vor der amerikanischen Schule in Berlin Straßenkämpfe zwischen den jüdischen Schülern der Schule und der örtlichen Jugend stattfanden.

Baidur von Schirach in Nürnberg.



Und das alles legte Ziemer unter Eid in Nürnberg vor. Er wurde jedoch nicht wegen Meineids belangt.

In seinem Schlußwort vor dem Nürnberger Tribunal sprach Baidur von Schirach gegen Ende seiner Ausführungen eine »Bitte« aus: »Helfen Sie als Richter mit, das Zerrbild zu beseitigen, das sich vielfach die Welt heute noch von der deutschen Jugend macht und das vor der historischen Prüfung nicht standhalten kann. Sagen Sie der Welt in Ihrem Urteil, daß die von der Anklage benützte Schmähschrift eines Gregor Ziemer nichts enthält als böswillige Verleumdungen eines Menschen, der seinen Haß gegen alles Deutsche auch auf die Jugend übertragen hat! Helfen auch Sie als Richter, daß die Jugendorganisationen Ihrer Völker die Zusammenarbeit mit der deutschen Jugend da wieder aufnehmen, wo sie 1939 - ohne Schuld der jungen Generation - unterbrochen wurde!«[5]

[5] IMT, aaO. (Anm. 3), Bd. 22, S. 448.

Aber Schirach dachte zu gut von seinen Richtern. Und das Buch Ziemers befindet sich in der Bundestagsbibliothek für die Abgeordneten als Nachschlagewerk über die HJ.



»Deutsche Jugend«, Wandmalerei von Jürgen WEGENER für das Kreishaus in Weimar.

Im Jahre 1939, für das das HJ-Leitwort »Jahr der Gesundheitspflicht« galt, wurden folgende zehn Gebote für die Hitler-Jugend verkündet, die der KANTschen Pflichtenlehre entnommen sein können:

1. Dein Körper gehört deiner Nation, denn ihr verdankst du dein Dasein, du bist ihr für deinen Körper verantwortlich.
2. Du mußt dich stets sauber halten und deinen Körper pflegen und üben. Licht, Luft und Wasser helfen dir dabei.
3. Pflege deine Zähne. Auf ein kräftiges, gesundes Gebiß kannst du stolz sein.
4. Iß reichlich rohes Obst, rohe Salate und Gemüse, nachdem du sie gründlich mit sauberem Wasser gereinigt hast. Im Obst sind wertvolle Nährstoffe enthalten, die beim Kochen verloren gehen.
5. Trink flüssiges Obst! Laß den Kaffee den Kaffeetanten, du hast ihn nicht nötig.
6. Meide Alkohol und Nikotin, sie sind Gifte und hemmen dein Wachstum und deine Arbeitskraft.
7. Treibe Leibesübungen! Sie machen dich gesund und widerstandsfähig.
8. Du mußt jede Nacht mindestens neun Stunden schlafen.
9. Übe dich in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Du kannst dadurch der Lebensretter deiner Kameraden werden.
10. Über all deinem Handeln steht das Wort: Du hast die Pflicht, gesund zu sein!

Rolf Kosiek

Der BDM - eine Enklave der Emanzipation?

Im Dritten Reich wurde gleichgeschaltet, was das Zeug hielt. Ob Wehrmacht oder SA, Hitler-Jugend oder NSKK - überall wurde zu Unterordnung und Kadavergehorsam erzogen. So jedenfalls ist die heutige offizielle Lesart.

Zeitzeugen wissen es besser. Immer wieder melden sich beispielsweise prominente Ex-Absolventen der ehemaligen >Adolf-Hitler-Schulen< zu Wort, die an ihrer Ausbildung noch Jahrzehnte später vor allem das Kameradschaftserlebnis und den freien Gesprächston schätzen.



Das gängige Bild der BDM-Mädchen: Disziplinierung und Gewöhnung an Selbstaufgabe. Offenbar bestand das BDM-Leben nicht ausschließlich aus Ordnungsübungen.

Noch eine Einrichtung des NS-Staates erscheint seit einigen Jahren in neuem Licht: der Bund Deutscher Mädel (BDM). Eine Monographie aus der Feder des Diplompädagogen Martin KLAUS *(Mädchen im Dritten Reich. Der Bund Deutscher Mädel]* entdeckte in der NS-Mädchenorganisation neuerdings Nischen von Modernisierung, ja der >Emanzipation<.

KLAUS, dessen Untersuchung in erster Auflage bereits 1985 erschienen ist, wählte für seine Untersuchung ein Verfahren, auf das etablierte Historiker nur allzu oft verzichten: Er befragte Zeitzeugen und Uberlebende. Seine rund fünfzig BDM-Zeuginnen bestätigten zwar vieles, was längst bekannt ist (und woraus die offizielle NS-Propaganda auch gar kein Hehl machte). Aber einige Zwischentöne machen doch nachdenklich, weil sie der BRD-offiziösen Lehrmeinung widersprechen. Eine Zeugin erinnerte sich, wie die Mitglieder einer Lyzeumsklasse ohne viel Aufhebens eine Musik-Arbeitsgemeinschaft statt der offiziell verordneten BDM-Gruppe in ihrer Gemeinde einrichteten; ein Lehrer leistete dabei Hilfestellung. Schließlich löste sich die Gruppe stillschweigend auf - und wurde von keiner Obrigkeit behelligt.

Nur ein Fall unter mehreren. In einem anderen Fall konnte ein Ortspfarrer darauf bestehen, daß die lokalen BDM-Leichtathletik-Wettkämpfe nicht im offiziellen Sportdreß, sondern in Kleidern stattfanden. Die Mädchen machten mit, die NS-Verwaltung hielt sich zurück.

Ob Kleiderordnung oder Musikausbildung - mit dem landläufigen Bild vom nivellierenden, gleichmacherischen NS-Staat hat die eine wie die andere Episode nicht viel zu tun. Wer wollte, fand vielmehr auch im Dritten Reich hinreichend Freiraum, seinen eigenen Weg zu gehen. Auch beim Bund Deutscher Mädel.

Karl Richter

Lebensborn e.V. - eine Organisation der Fürsorge

Oft wurde behauptet,[1] daß der >Lebensborn e.V< eine Einrichtung gewesen sei, die der »arischen Höherzüchtung«, der »Züchtung einer neuen germanischen Oberrasse« dienen sollte. In Film und Schrift wurde berichtet, daß hierfür vor allem SS-Männer (»großdeutsche Zuchtbullen«) und ausgesuchte BDM-Mädchen (»Bräute des Führers«) in »Liebeslagern« zusammengebracht worden seien, die als »ausgesuchte SS-Bordelle« (Historiker Prof. Dr. K. D. BRACHER, Bonn) für SS-Obere eingerichtet gewesen seien. Auch seien vom >Lebensborn e.V.< Kinder aus den besetzten Gebieten systematisch »geraubt« und »eingedeutscht« worden.

Das sind Lügen. Der US-Militärgerichtshof I verhandelte in Nürnberg ab 10. Oktober 1947 im »Fall VIII« (Rasse- und Siedlungshauptamt der SS) auch gegen die leitenden Amtsträger des Lebensborns, den Chef Max SOLLMANN, den Geschäftsführer Dr. med. Gregor EBNER, sowie gegen Günther TESCH und Inge VIERMETZ. Im Urteil vom 10. März 1948 mußte sogar dieses Nürnberger Rachegericht die 1935 gegründete Organisation >Lebensborn e.V.< freisprechen. Inge VIERMETZ wurde in allen Punkten freigesprochen. Die anderen drei SS-Führer vom Lebensborn wurden ausdrücklich in allen Punkten freigesprochen, die den Lebensborn betrafen, und nur wegen ihrer SS-Zugehörigkeit verurteilt.

In der Urteilsbegründung des IMT heißt es:[2] »Aus dem Beweismaterial geht klar hervor, daß der Verein Lebensborn e.V., der bereits lange vor dem Kriege bestand, eine Wohlfahrtseinrichtung und in erster Linie ein Entbindungsheim war. Von Anfang an galt seine Fürsorge den Müttern, sowohl den verheirateten als auch den unverheirateten, sowohl den ehelichen und unehelichen Kindern... Es geht in der Tat aus dem Beweismaterial klar hervor, daß der Lebensborn es zu vermeiden suchte, Kinder in seine Heime aufzunehmen, die noch Verwandte besaßen. ..

Der Lebensborn hat im allgemeinen keine ausländischen Kinder ausgewählt und überprüft. .. Aus dem Beweismaterial geht klar hervor, daß der Lebensborn unter den zahlreichen Organisationen in Deutschland, die sich mit ausländischen nach Deutschland verbrachten Kindern befaßten, die einzige Stelle war, die alles tat, was in ihrer Macht stand, um den Kindern eine



Geschaffen wurde der Lebensborn von Heinrich HIMMLER. Die Einrichtung umfaßte 22 Heime.

---

[1] Z. B. Willi BERTHOLD 1958 in Nummern der *Revue:* »Lebensborn e.V. - Was Millionen nicht wußten, deckt *Revue* für Millionen auf«; Arthur BRAUNER-Film »Lebensborn«, etwa 1960; Lebensborn-Bücher in USA, Italien, Dänemark u.a.; *Deutschlandfunk,* 30. 5. 1984; *Bild am Sonntag,* 9. 3. 1986.

[2] Erich KERN, *Meineid gegen Deutschland,* K. W. Schütz, Göttingen 1968, S. 54 f.; ausführlicher Bericht zum »Lebensborn«, S. 45-72.

angemessene Fürsorge zuteil werden zu lassen und die rechtlichen Interessen der unter seine Obhut gestellten Kinder zu wahren.« Das Gericht der Sieger hätte damals sicher nichts ausgelassen, was es als belastend hätte anführen können.

In einer offiziellen Erklärung durch H. AUERBACH stellte das Münchener Institut für Zeitgeschichte 1961 entgegen anderslautenden Pressemitteilungen fest,[3] daß es keine Unterlagen zum Film über den »Lebensborn« geliefert habe und in »keinem Zusammenhang mit dem neugedrehten Film über den Lebensborn steht, zumal dieser in keiner Weise einen zeitgeschichtlichen Dokumentarwert besitzt«. Das Institut erklärt weiter: »Der im Institut vorhandene Bestand an Dokumenten über den Lebensborn ist zwar gering, er reicht aber aus, um ein durchaus verläßliches Bild von dieser Einrichtung zu geben. Der Lebensborn, wie er tatsächlich existierte, unterhielt eine Reihe von Entbindungsheimen, aber - soweit sich das dokumentarisch nachweisen läßt - keine Zuchtanstalten. Bis jetzt sind uns auch keine Fälle bekannt geworden, daß etwa SS-Leute oder BDM-Mädchen sozusagen abkommandiert wurden, um Kinder zu zeugen.« Aufzuchtpläne seien lediglich durch das Buch von HIMMLERS Masseur, Felix KERSTEN (*Totenkopf und Treue,* Robert Mölich, Hamburg 1952) bekanntgeworden.

Der Schriftsteller Kurt ZIESEL stellte am 17. Februar 1961 Strafanzeige[4]gegen *Revue,* den Autor BERTHOLD und den Filmproduzenten Arthur BRAUNER wegen Betrugs und Verbreitung unzüchtiger Schriften und Abbildungen, ohne daß es daraufhin jedoch zur Anklage kam. Die HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS) bot in ihrer Verbandszeitschrift *Der Freiwillige* demjenigen DM 1000.-, der beweisen könne, daß der Lebensborn eine Zuchtanstalt gewesen sei. Niemand meldete sich.[5]

Eine ausführliche Widerlegung der Lügen um den >Lebensborn e.V.< brachte der Münchener Historiker an der Bundeswehrhochschule Prof. Dr. Franz W. SEIDLER, unter dem Titel »Lebensborn e. V. der SS. Vom Gerücht zur Legende«, in: Uwe BACKES u. a. (Hg.), *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus,* Propyläen-Ullstein Verlag, Frankfurt/M-Berlin 1990, S. 291-317. Darin erscheinen auch viele Literaturangaben.

---

[3] *Lüdenscheider Nachrichten,* 13. 3. 1961, siehe auch Erich KERN, ebenda, S. 67.

[4] Strafanzeige des Kurt ZIESEL, Breitbrunn, gegen Helmut KINDLER, Willi BERTHOLD und Arthur BRAUNER bei der Staatsanwaltschaft München vom 17. 2. 1961; siehe auch Kurt Ziesel, in: *Europäischer Kulturdienst,* 30. 4. 1961, S. 12 ff.

[5] Über BRAUNERS Hereinfall mit Zeugen siehe *Der Spiegel* vom 4. 1. 1961.

Lügen über den 30. Juni 1934

Nach den bisherigen Kenntnissen der Geschichtsforschung planten weder die SA[1] noch Teile der SA zum 30. Juni 1934 einen Putsch. Dennoch hat sich nach dem damaligen Stabschef der SA, Ernst RÖHM,[2] für das Geschehen an diesem Tage bis zur Gegenwart der Ausdruck >RöHM-Putsch< eingebürgert.

Ernst RÖHM, der Stabschef der SA, im Jahre 1934.



Was man sicher über die Vorgeschichte des 30. Juni 1934 weiß, ist die Tatsache, daß RÖHM und große Teile der SA mit der nationalen Revolution des 30. Januar 1933 nicht zufrieden waren. Für sie fehlte noch der zweite Teil, die sozialistische Revolution< Außerdem war es zu erheblichen Spannungen zwischen Reichswehr und SA-Führung gekommen. Denn RÖHM wollte aus Reichswehr und SA ein Milizheer - unter seiner Führung - machen, eine für die damalige Zeit wohl falsche Maßnahme. Die Spannungen zwischen Reichswehr und SA nahmen im Frühsommer 1934 zu. RÖHM war zu keinem Kompromiß bereit, den HITLER mehrfach zu erreichen versucht hatte. Die Gefahr eines Bürgerkrieges in Deutschland mit der Möglichkeit des Eingreifens Frankreichs und/oder Polens stand ins Haus. Am 30. Juni 1934 ließ HITLER zur Bereinigung dieser Fragen die Spitzen der SA mit Ernst RÖHM verhaften und ohne Gerichtsurteil erschießen.

Einzelheiten zur Vorgeschichte wie zum Ablauf dieser Tat sollen hier nicht näher untersucht werden. Es mag genügen, daß unter den wenigen noch

---

1 >SA< ist die Abkürzung für Sturm-Abteilung. Der Name geht auf die erste große Versammlung der NSDAP im Münchener Hofbräuhaus 1920 zurück. Es mußte damals eine Saal-Ordnergruppe geschaffen werden, um störende Linksradikale, das heißt Kommunisten und Sozialisten, aus dem Versammlungsraum zu befördern und die Durchführung der Veranstaltung zu ermöglichen.

2 Ernst RÖHM (1887-1934) war Hauptmann im Bayerischen Generalstab gewesen. Er wurde 1908 Offizier und zog als Bataillons-Adjutant in den Ersten Weltkrieg, wurde dreimal verwundet, zuletzt vor Verdun. Er war Angehöriger des Freikorps EPP, nahm insbesondere an der Befreiung Münchens von der Räterepublik teil, trat in die NSDAP ein, nahm am 9. 11. 1923 am Marsch auf die Feldherrnhalle teil, wofür er 15 Monate Festungshaft auf Bewährung erhielt. 1928-1930 war er Militärberater in Bolivien. Von HITLER zurückgerufen, war er ab 1. 1. 1931 Stabschef der SA.

Röhm und Hitler 1932 in Zivil im Gespräch mit Franz Ritter von Epp. Röhm hielt auch Hitler vor, außenpolitisch kurzsichtig zu sein. »Er reist mit leichtem Gepäck, und sein Weitblick reicht nicht über die Grenzen Deutschlands hinaus.« Aus: Richardi u. Schumann, aaO. (Anm. 3), S. 80.



vorhandenen Dokumenten über diesen Tag die Totenliste der Opfer vorhanden ist.[3] Sie befindet sich im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München. Sie enthält 83 Namen. Diese oder jene Änderung der Zahlen nach oben muß vielleicht noch angebracht werden.[4]

Aus verschiedenen Gründen ist die Zahl der Toten des 30. Juni 1934 ein besonderer Tummelplatz für Geschichtsfälscher aller Richtungen. Im folgenden seien einige Beispiele genannt.

»Nach einem englischen Bericht ließ Hitler am 30. Juni 1934 in einer einzigen Nacht nicht 72, wie er angab, sondern 1184 seiner Mitkämpfer ermorden.«[5] So verbreitete Stefan Szende, ein Freund von Willy Brandt, der ihm ein Vorwort schrieb, falsche Zahlen.

Hans Bernd Gisevius erfand die Zahl von 200 bis 250 Personen, die im Rahmen des 30. Juni erschossen worden seien.[6]

---

[3] Heinrich Bennecke, *Die Reichswehr und der Röhm-Putsch,* Beiheft 2 der Zweimonatsschrift *Politische Studien*, Olzog Verlag, München-Wien 1964. Hier ist auf Seite 8 f. die amtliche Totenliste angegeben. Über Röhms Versuche, Hitler auszuschalten, und seine Verbindungen nach England und Frankreich vgl. Hans-Günter Richardi und Klaus Schumann, *Geheimakte Gerlich/Bell. Röhms Pläne für ein Reich ohne Hitler,* Ludwig, München 1993.

[4] Auch bei Heinz Höhne, *Mordsache Röhm,* Spiegel-Buch, Rowohlt, Reinbek 1984, enthält die Totenliste auf S. 319 ff. 85 Namen.

[5] Stefan Szende, *Zwischen Gewalt und Toleranz* mit einem Vorwort von Willy Brandt, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1975, S. 86.

[6] Hans Bernd Gisevius, *Adolf Hitler. Versuch einer Deutung,* Rütten und Loening, München o. J., S. 292.

Kräftig log der Altkommunist Harry WILDE, indem er folgende Weisheiten zusammenphantasierte: »Aber auch SA-Befehle fälschte HEYDRICH, mit denen dann HITLER, GÖRING und GOEBBELS die Aktionen des 30. Juni 1934 einleiteten und rund 300 bis dahin unantastbare hohe SA-Führer ohne Urteil >umlegen< ließen.«[7]

Natürlich darf Golo MANN in diesem Reigen nicht fehlen. Er hat nicht die verkommene Sprache eines Harry WILDE, sondern lügt eine Nuance feiner. Es heißt bei ihm: »Am 30. Juni ließ HITLER den Hauptmann RÖHM und Hunderte von seinen Freunden umbringen, die gesamte Führung der SA.«[8]Falschbehauptungen liefert auch Friedrich STAMPFER (SPD). Er schreibt: »So kam es zu dem großen Morden vom 30. Juni. . ., dem Hunderte von Nationalsozialisten, aber auch andere, wie General SCHLEICHER, zum Opfer fielen... Später wurde auch Major BUCH erschossen.«[9]

Major BUCH wurde aber damals nicht erschossen, sondern beging in einem amerikanischen KZ im Jahre 1949 Selbstmord.[10]

Auf einer wegen des >RöHM-Putsches< einberufenen Reichstagssitzung am 13. Juli 1934 gab HITLER nicht nur einen Überblick über das Geschehen, sondern teilte auch der Öffentlichkeit die Zahl der vom 30. Juni bis 2. Juli wegen »Teilnahme an dem Komplott« Hingerichteten mit. Laut HITLERS Angaben sind »19 höhere SA-Führer, 31 mittlere SA-Führer bzw. Angehörige, drei SS-Führer und fünf Parteiangehörige . .. hingerichtet, d. h. erschossen worden. 13 SA-Führer und Zivilpersonen seien wegen Widerstandes bei der Verhaftung erschossen worden«.[11]

Weiterführende Literatur:
Ronald SMELSER und Rainer ZITELMANN, *Die braune Elite,* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1989.
Heinz HÖHNE, *Mordsache Röhm,* 1984.
Heinrich BENNECKE, *Hitler und die SA,* 1962.
ders., *Die Reichswehr und der »Röhm-Putsch«,* 1964.
Max GALLO, *Der Schwarbe Freitag der SA,* 1972.
K. M. GRASS, *Edgar Jung, Papenkreis und Röhmkrise,* 1967.

[7] Harry WILDE, »Legenden um den Reichstagsbrand«, in: *Politische Studien,* Heft 143, Mai/Juni 1962, S. 302.
[8] Golo MANN, *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts,* S. Fischer, Frankfurt/M. 1965, S. 812.
[9] Friedrich STAMPFER, *Erfahrungen und Erkenntnisse,* Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1957, S. 252.
[10] Persönliche Mitteilung seines Sohnes.
[11] *Chronik des 20. Jahrhunderts,* Chronik, Gütersloh-München "1995, S. 480.

Das Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz von 1932-34

In der offiziellen Geschichtsschreibung wird nach wie vor die Ansicht vertreten, HITLER habe durch seine starre Haltung die Abrüstungsbemühungen der Siegerstaaten von 1918 zum Scheitern gebracht und den Rüstungswettlauf ab 1934 ausgelöst.

Doch das trifft nicht zu. Richtig ist, daß Deutschland nach 1919 abrüstete, während die Siegermächte ihr entsprechendes Versprechen nicht hielten und damit das Versailler Diktat verletzten. Darüber hinaus bemühte sich die Reichsregierung vor und nach 1933 um eine Begrenzung der Rüstung in Europa und insbesondere um ein Verbot des Bombenkrieges.

Am 10. Januar 1920 traten mit dem Versailler Diktat auch die Bestimmungen des Völkerbundpaktes in Kraft, dem die Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges und 13 neutrale Staaten beigetreten waren. Deutschland wurde erst 1926 als Mitglied zugelassen. Die Satzung des Völkerbundes vom 28. April 1919, Völkerbundakte genannt, enthielt im Artikel 8 Abrüstungszusagen:

»Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen. .. vereinbar ist.«

Das Versailler Diktat hatte Deutschland zu fast totaler Abrüstung verpflichtet. Im Endergebnis standen danach 100 000 deutschen Soldaten mit einer unzureichenden Bewaffnung Millionen aktiver Soldaten und Reservisten in den Nachbarländern gegenüber, die selbst gar nicht ernsthaft daran dachten, abzurüsten. Im Gegenteil, sie brachten ihre Rüstung auf den modernsten Stand. Die folgenden Tabellen[1] können das Mißverhältnis überzeugend aufzeigen:

[1] Siehe auch: Wilhelm FRIEDRICH, *Sammlung von Tabellenbüchern,* Creutz'sche Verlagsbuchhandlung, Marburg 1928, S. 70.

Mannschaftsstärken 1928

	Aktive	Reserven
Deutsches Reich	100 000	0
Frankreich	755 700	5 010 000
Italien	595 000	2 995 000
England	614 000	0
Tschechoslowakei	212 000	489 000
Jugoslawien	240 000	1 200 000
Polen	263 000	3 000 000
UdSSR	600 000	5 425 000

Schweres Kriegsmaterial 1928

	Geschütze	Panzer	Flugzeuge
Deutsches Reich	0	0	0
Frankreich	1174	2500	1800
Italien	650	180	1000
England	400	250	1334
Tschechoslowakei	412	60	375
Jugoslawien	178	0	0
Polen	426	220	375
UdSSR	576	200	1000

Bereits vier Jahre nach dem Ersten Weltkrieg hatte das Deutsche Reich über Einrichtungen des Völkerbundes vergeblich versucht, den Abwurf von Spreng- und Brandbomben auf offene Ortschaften ächten zu lassen. So scheitert die vom Völkerbund zwischen dem 11. Dezember 1922 und dem 6. Februar 1923 geführte Konferenz zur Einführung einer Luftkriegsordnung.

Auf Drängen Deutschlands trat dann endlich am 2. Februar 1932 in Genf die Konferenz für die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen zu ihren ersten Sitzungen zusammen.[2] Der Entwurf der Vorbereitenden Kommission ließ die Staaten im Besitz ihrer schweren Angriffswaffen und gestattete ihnen sogar deren Vermehrung. Insbesondere die Luftwaffe ließ der Entwurf grundsätzlich weiterbestehen; er erlaubte sogar dadurch, daß er den Hauptteil der in Reserve gehaltenen Flugzeuge und Flugzeugmotoren von der Herabsetzung und Begrenzung ausschloß, einen Wettlauf zwischen den Signatarstaaten in dem Ausbau dieses Angriffsinstruments.[3]

Am 18. Februar 1932 trug die deutsche Delegation die Auffassung der Reichsregierung vor, die in großen Zügen darauf abzielte, eine wirksame, alle Rüstungsfaktoren umfassende Rüstungsverminderung und -begrenzung durchzuführen. Danach unterbreitete sie die die Luftstreitkräfte betreffenden Vorschläge, die folgendes enthielten:

> »Die Unterhaltung jeglicher Luftstreitkräfte wird verboten. Das gesamte bisher im Dienst, in der Reserve oder auf Lager befindliche Material der Luftstreitkräfte ist zu zerstören, mit Ausnahme der Waffen, die auf die den Land- und Seestreitkräften zugebilligten Bestände übernommen werden. Das Abwerfen von Kampfmitteln jeder Art aus Luftfahrzeugen sowie die Vorbereitung hierfür ist ohne jede Einschränkung zu untersagen.«[4]

Großbritannien unterbreitete seinerseits am 22. Februar 1932 folgende Vorschläge:

> »Die Delegation des Vereinigten Königreiches, in der Auffassung, daß der Konventionsentwurf die beste Grundlage für die Durchführung der Arbeiten ist, glaubt trotzdem eine besondere Aufmerksamkeit den Verboten

[2] RÖNNEFARTH/EULER, *Konferenzen und Verträge, Vertrags-Ploetz* Teil II Bd.4A: 1914-1918, Ploetz, Würzburg 1959.

[3] Nach: *Amtliches Deutsches Weißbuch,* Berlin 1943.

[4] Ebenda.

> und Herabsetzungen schenken zu müssen, die einen Angriff zu verhindern oder jeden Angriffsversuch zu beseitigen in der Lage sind, sowie den Methoden der Kriegführung, die besonders gegen die nichtkämpfende Bevölkerung gerichtet sind. Die Delegation schlägt daher, ohne sie irgendwie als vollständig aufzufassen, eine Prüfung vor - und zwar des gesamten Problems der Luftbombardements in möglichst weitgehendem Umfange.«[5]

[5] *Amtliches Deutsches Weißbuch,* ebenda.

Während der Abrüstungskonferenz erklärte der britische Lord-Präsident BALDWIN am 10. November 1932 im britischen Unterhaus: »Es ist für den Mann auf der Straße gut zu wissen, daß es keine Macht auf der Erde gibt, die ihn davor schützen kann, bombardiert zu werden..., der Bomber wird immer durchkommen, ... wenn man die Weite des Raumes bedenkt... Die einzige Verteidigung ist der Angriff, d. h. also, man muß mehr Frauen und Kinder töten als der Feind, wenn man sich selber schützen will... Nach meiner Ansicht wird die Abrüstung den Krieg nicht aufhalten.«[6]

[6] Ebenda.

Am 16. März 1933 schlug die britische Delegation mit dem sogenannten >MACDONALD-Plan< erstmalig eine Ausnahmeregelung zur Abschaffung des Bombenabwurfes vor. Von »Prüfung des gesamten Problems der Luftbombardements« war nun nicht mehr die Rede. Im Artikel 34 des von Großbritannien am 16. März 1933 vorgelegten Entwurfs einer Abrüstungskonvention (MACDONALD-Plan) heißt es: »Die hohen vertragschließenden Teile nehmen die völlige Abschaffung des Bombenabwurfs aus der Luft an (ausgenommen für polizeiliche Erfordernisse in gewissen entfernten Gebieten).«[7] Diese Ausnahmeregelung wurde von den Delegationen von Norwegen, der Schweiz, der USA, der Sowjetunion, von Deutschland und Spanien abgelehnt. WILSON, der Vertreter der USA, nahm mit folgenden Worten Stel-

[7] Ebenda.



In Berlin war ein Ausschuß für die Kundgebung zur Abrüstungskonferenz gegründet worden. Er sorgte für Unterschriftensammlungen zugunsten einer allgemeinen Abrüstung und gegen eine einseitige Abrüstung Deutschlands.

lung: »Die Delegation der Vereinigten Staaten erklärt, mit größtem Interesse zahlreiche Bemerkungen (der vorhin genannten Delegationen, H. M.) zu Artikel 34 angehört zu haben, die zweifellos einen tiefen Eindruck auf alle Delegierten machen müßten. .. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei der Ansicht, daß man das Luftbombardement abschaffen müsse. Sie glaube, daß diese Abschaffung absolut, bedingungslos und allgemeingültig sein müsse. Sie sei überzeugt, daß es nur ein Mittel gebe, um diese Abschaffung in Kriegszeiten auch zu erreichen, nämlich die Überzeugung zu festigen, daß das Luftbombardement ein Verbrechen sei. Die Anwendung einer solchen Waffe müsse uneingeschränkt moralisch geächtet werden; sonst würden die Notwendigkeiten des Krieges bestimmt zu ihrer Anwendung führen. Eine derartige moralische Ächtung und die Überzeugung, daß die Anwendung einer derartigen Waffe ein Verbrechen sei, seien nur dann möglich, wenn es keine Ausnahme von der Regel gebe; denn die geringste Ausnahme könne den moralischen Wert der Ächtung verfälschen.«

Doch kein Einwand, keine Bitten und Forderungen konnte am 27. Mai 1933 die britische Delegation unter Eden veranlassen, den >MacDonald-Plan< zu ändern. Sie beharrte auf der im Artikel 34 vorgeschlagenen Ausnahmeregelung und ließ die Konferenz scheitern.

Am 30. Mai 1933 kam es im Unterhaus zu einer folgenreichen Debatte. In der Unterhaussitzung dieses Tages wollte Lansbury wissen, was es mit dem britischen Vorschlag, den Bombenabwurf aus der Luft für Polizeizwecke beizubehalten, auf sich habe. Ihn interessierte, ob die Regierung beabsichtige, die Angelegenheit nochmals zu prüfen, da es ja wegen der Haltung der britischen Regierung nicht zur Abschaffung des Luftkrieges kommen werde. Lord-Präsident Baldwin erwiderte, das Unterhaus könne nicht erwarten, daß die Regierung eine wohlüberlegte Politik ändere, nur, weil Einwände dagegen erhoben werden.

Darauf meinte Lansbury: »Wir wünschen eine klare Antwort auf die Frage, ob die Haltung der Regierung Seiner Majestät in dieser Angelegenheit eine neuerliche Überprüfung nicht zuläßt, selbst wenn dies bedeutet, daß die Konferenz durch diese Frage zum Scheitern gebracht wird.«

Baldwin schloß die Debatte mit den Worten: »Ich will auf eine so hypothetische Annahme wie die, daß die Konferenz zum Scheitern gebracht würde, nicht eingehen. Ich habe die Lage sehr klar dargelegt und habe dem nichts hinzuzufügen.«

Am selben Tag brachte eine Gruppe von 19 Unterhausabgeordneten einen positiven Antrag zur Frage der Luftabrüstung ein: »Das Unterhaus werde die Regierung Seiner Majestät darin unterstützen, in Genf auf die völlige, vorbehaltlose Abschaffung des Bombenabwurfs aus der Luft zu dringen.«

An diesem 30. Mai flog Lord Londonderry, Staatssekretär für Luftfahrt, nach Genf, um der Abrüstungskonferenz zu erklären, warum die Regierung so beharrlich bei ihrem Entschluß bleibe, auf die Beibehaltung des Bomben-

abwurfs aus der Luft als Mittel der Polizeigewalt beizubehalten. Hinsichtlich des Antrages jener 19 Unterhausabgeordneten, zu denen zwei Militärs mittleren Ranges gehörten, auf Abschaffung des Bombenabwurfs aus der Luft hörte man vorläufig nichts mehr.

Erst am 22. Mai 1935 erklärte Lord LONDONDERRY im britischen Oberhaus den Zweck seines Fluges nach Genf am 30. Mai 1933: »Während dieser Periode [Zeit der Abrüstungsverhandlungen], . .. habe ich... dem ganzen Land immer wieder eingehämmert, welche lebenswichtige Stellung die Royal Air Force in unserem Verteidigungsplan einnimmt. Ich hatte... die größten Schwierigkeiten, den Gebrauch des Bombenflugzeuges auch nur für die Grenzen im Mittleren Osten und in Indien beizubehalten.«

Lord LONDONDERRY brachte weiterhin zum Ausdruck, daß Großbritannien Bombenflugzeuge zur Aufrechterhaltung seines imperialen Status quo im Mittleren Osten benötige. In Wirklichkeit diente die Luftwaffe der englischen Politik der >*balance of power*< in Europa. Am Ende führte die Bomberwaffenverwendung zum Verlust des britischen Empires und hinterließ ein zerstörtes, geteiltes Europa unter der Herrschaft der Supermächte.

Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund

Eine Mitarbeit Deutschlands in der Abrüstungskonferenz ergab natürlich nur dann einen Sinn, wenn es gleichberechtigt war. Das aber wurde von den übrigen Mächten abgelehnt, woraufhin es die Abrüstungskonferenz verließ. Erst nach wochenlangen Diskussionen wurde im Dezember 1932 die Gleichberechtigung *pro forma* anerkannt. Auf Vorschlag Englands sollte die Gleichberechtigung Deutschlands innerhalb von fünf Jahren verwirklicht werden.

Deutschland stimmte zu und kehrte zurück. Die Franzosen hielten die Fünfjahresfrist für zu kurz. In arroganter Weise forderten sie eine Doppelfrist von zweimal vier Jahren, wobei die ersten vier Jahre als Probezeit gelten sollten, in der Deutschlands Aufrichtigkeit geprüft werden sollte. England stimmte diesem Plan zu. Nachdem bereits Japan und Brasilien ausgetreten waren, verließ nun am 14. Oktober 1933 Deutschland die Konferenz endgültig und erklärte am 19. Oktober 1933 seinen Austritt aus dem Völkerbund. Erwähnenswert ist, daß die Reichsregierung ihren Standunkt sowie neue substantielle Abrüstungsvorschläge - allerdings auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung - noch am 19. Dezember 1933 unterbreitete.

Die Beratungen der Abrüstungskonferenz, die seit dem 18. Mai 1926 getagt hatte, zogen sich noch bis zum 11. Juni 1934 hin, ohne daß es zu einem positiven Ergebnis kam. Danach gab es noch Vorschläge für den Abschluß von Luftpakten, für ein absolutes Bombardierungsverbot der Zivilbevölkerung und für eine Bombardierungsbeschränkung auf rein militärische Objekte. US-Präsident Franklin D. ROOSEVELT appellierte am 1. September 1939 »an jede Regierung, die in Feindseligkeiten verwickelt werden kann, öffent-

lich ihre Entschlossenheit zu bekunden, daß ihre Streitkräfte auf keinen Fall. .. Zivilpersonen... angreifen«. Das hinderte die amerikanischen Bomberflotten später keineswegs, mit seinem Einverständnis bis zum Ende des Krieges deutsche Wohnstädte in Schutt und Asche zu legen.

Nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges mußte man erkennen, daß es sich bei allen Friedensbeteuerungen auf den Abrüstungskonferenzen hauptsächlich um geplante Irreführungen durch lobbyabhängige Parteipolitiker und heuchlerische oder ideologisch verblendete Staatsmänner gehandelt hat. Außerdem hatte sich Großbritannien bereits auf einen strategischen Bombenkrieg festgelegt und seit 1934 einen schweren Langstreckenbomber entwickelt, der dann 1936 in Serie ging. Die seit 1936 aufgebaute deutsche Luftwaffe war dagegen von Anfang an in jeder Hinsicht taktisch (operativ) ausgerichtet, das heißt nur auf die Unterstützung der kämpfenden Truppe.

Weiterführende Literatur: Gerhard BAUMFALK, *Tatsachen zur Kriegsschuldfrage,* Grabert, Tübingen 2000, S. 325-344.

Am 2. September 1936 erklärte sich HITLER damit einverstanden, Luftangriffe »außerhalb der Zone militärischer Operationen« zu vermeiden, vorausgesetzt, die andere Seite halte sich ebenfalls daran. Großbritannien und Frankreich versprechen noch am selben Tag »feierlich und öffentlich«, auf die Zivilbevölkerung und Kulturdenkmäler Rücksicht nehmen zu wollen.

Hans Meiser

Entschließung der Generalkommission der Abrüstungskonferenz vom 23. Juni 1932



»Die Konferenz... ist überzeugt, daß für alle Nationen die Stunde gekommen ist zur Befestigung des Weltfriedens, zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Erholung und zur Erleichterung der alle Völker bedrückenden finanziellen Lasten. .. beschließt auf der Grundlage der Erklärung des Präsidenten HOOVER mit Einstimmigkeit:

1. daß eine wesentliche Herabsetzung in der Weltrüstung durchgeführt werden wird, die in ihrer Gesamtheit in einem allgemeinen Abkommen über die Land-, See- und Luftrüstung Anwendung finden soll;
2. daß ein zu erreichendes wesentliches Ziel die Verminderung der Angriffsmittel ist.

... Schlußfolgerung:

1. Jeder Luftangriff gegen die Zivilbevölkerung wird absolut verboten werden.
2. Die Parteien werden sich verpflichten, den Bombenangriff aus der Luft völlig abzuschaffen, unter der Voraussetzung einer Einigung über die zur tatsächlichen Beobachtung dieses Verbots anzunehmenden Maßnahmen...
3. Die gesamte schwere Landartillerie... wird zahlenmäßig begrenzt werden.
4. Die Höchsteinheitstonnage der Kampfwagen wird begrenzt werden.
5. Der chemische, bakteriologische und Brandkrieg wird unter... Bedingungen verboten.«

Zur deutschen Wiederbewaffnung 1935

Die bundesdeutsche Geschichtsschreibung ist sich in der Verurteilung alles dessen ziemlich einig, was als einseitiger Bruch des Versailler Diktats[1] von 1919 durch die Reichsregierung gedeutet werden könnte. Das gilt insbesondere für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Wiederbewaffnung Deutschlands ab 1935, die als Schritt zum Zweiten Weltkrieg ausgelegt wird. Die bereits vorher erfolgten Verstöße der Alliierten gegen das Diktat werden dagegen verdrängt oder vergessen. Das dadurch entstehende Bild von dem politischen Geschehen der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts verlangt daher nach einer Richtigstellung, die vor allem die folgenden Punkte zu berücksichtigen hat.

[1] *Der Friedensvertrag von Versailles*, Reimar Hobbing, Berlin 1919; *Das Versailler Diktat,* Arndt, Kiel 1999.

Im Text des Versailler Diktats wurden 1919 nicht nur dem Deutschen Reich rigorose Abrüstungsmaßnahmen aufgezwungen, sondern die Alliierten versprachen auch selbst an mehreren Stellen eine allgemeine Abrüstung.

1. Dazu heißt es im einleitenden Teil »Völkerbundsakte« der Versailler Vereinbarungen in Artikel 8: »Die Mitglieder des Bundes erkennen an, daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch ein gemeinsames Handeln auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar ist. Der Rat bereitet unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Umstände jedes Staates die Pläne für diese Abrüstung zum Zweck einer Prüfung und Entscheidung durch die verschiedenen Regierungen vor.« In Artikel 12 kommen alle Unterzeichner überein, »alle etwa zwischen ihnen entstehenden Streitfälle, die zum Bruch führen könnten, dem Schiedsgerichtsverfahren oder einer Untersuchung durch den Rat zu unterbreiten. Sie vereinbaren ferner, in keinem Fall vor Ablauf einer Frist von drei Monaten nach Fällung des Schiedsspruchs oder Erstattung des Berichts des Rates zum Kriege zu schreiten.«

2. Ferner heißt es als Einleitung zum Teil V unmittelbar vor Artikel 159: »Um den Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland zur genauen Befolgung nachstehender Bestimmungen über die Land-, See- und Luftstreitkräfte.«

3. In der »Mantelnote«[2] vom 16. Juni 1919, der »Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte« auf den Protest und die Gegenvorschläge der Reichsregierung, wird das Versprechen einer allgemeinen Abrüstung in Teil V, I. Abschnitt, I wiederholt: » Die alliierten und assoziierten Mächte legen Wert darauf, besonders festzustellen, daß ihre Bedingungen, die die Rüstungen Deutschlands betreffen, nicht nur zum Zweck hatten, Deutschland die Wiederaufnahme seiner kriegerischen Angriffspolitik unmöglich zu machen. Diese Bedingungen stellen vielmehr gleichzeitig den ersten Schritt zu jener

[2] *Antwort der alliierten und assoziierten Mächte,* Reimar Hobbing, Berlin 1919.

Beschränkung und zu jenen allgemeinen Begrenzungen der Rüstungen dar, welche die genannten Mächte als eines der besten Mittel zur Verhinderung von Kriegen zu verwirklichen suchen, Begrenzungen und Beschränkungen von Rüstungen, die herbeizuführen zu den ersten Pflichten des Völkerbundes gehören wird.«

Anscheinend haben die Alliierten von vornherein nicht die Absicht gehabt, selbst in großem Maße abzurüsten, da sie einen weiteren Krieg voraussahen. So erklärte der französische Verhandlungsführer CLEMENCEAU drei Wochen vor der Unterzeichnung des Diktats zynisch vor Offiziersschülern in St. Cyr: »Meine jungen Freunde, seien Sie unbesorgt um Ihre berufliche Zukunft. Der Friede, den wir soeben geschlossen haben, garantiert Ihnen zehn Jahre des Konflikts in Europa.«[3]

[3] Zitiert in: Werner Georg HAVERBECK, *Rudolf Steiner. Anwalt für Deutschland,* Langen Müller, München 1989, S. 426.

Die anschließenden fünfzehn Jahre haben der Welt dann gezeigt, wie die verkündeten Absichten zur allgemeinen Abrüstung von den Alliierten nicht nur nicht eingehalten, sondern sogar systematisch in ihr Gegenteil verkehrt wurden. Mit der Ausnahme der USA haben alle Sieger die von ihnen unterschriebenen Verpflichtungen zur Verringerung ihrer Streitkräfte verletzt. Im einzelnen ist dabei folgendes festzustellen:

1. Am 8. März 1921 besetzten Franzosen und Belgier widerrechtlich die >Sanktionsstädte< Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort als Pfand für die deutschen Reparationslieferungen - ein einseitiger kriegerischer Akt, der nach der Völkerbundakte unzulässig war, das Gebot der vorherigen Verhandlungen und das Gebot der Drei-Monats-Frist der Völkerbundsatzung verletzte.

2. Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen - schließlich rund 100000 Mann - ebenso widerrechtlich das ganze Ruhrge-



Schon 1921 hatte die französische Infanterie Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort besetzt. Im Januar 1923 >eroberten< die Franzosen die Essener Polizeibaracken unter anderem mit 1 3 Panzerautos und 60 Maschinengewehren.

biet bis Bochum und Dortmund unter dem Vorwand geringer deutscher Rückstände an Holz- und Kohlelieferungen und blieben dort bis zum August 1925.

3. Im Jahre 1923 begann Großbritannien mit einem Programm zur Reorganisation seiner Luftwaffe, wobei 52 neue Geschwader aufgestellt wurden, »um die unerträglich gewordene Unterlegenheit in der Luftrüstung zu beseitigen«.[4]

[4] Rede von Premierminister BALDWIN vor dem Unterhaus am 30. 5. 1934.

4. Nach jahrelanger Untätigkeit beschloß die Vollversammlung des Völkerbunds endlich am 25. September 1925, eine »Vorbereitende Kommission für die Konferenz über die Beschränkung der nationalen Rüstungen auf ein mit der nationalen Sicherheit und der Erfüllung der sich aus einer allgemeinen Aktion ergebenden Verpflichtungen vereinbartes Mindestmaß« zu gründen.

5. Nachdem wieder Jahre praktisch ohne einen Fortschritt vergangen waren, kam es am 2. Februar 1932 zu einer Abrüstungskonferenz von 62 Ländern in Genf. Der deutsche Vertreter Rudolph NADOLNY forderte neben der Anerkennung der Gleichberechtigung des Reiches eine allgemeine Abrüstung der Nachbarländer oder die Erlaubnis, die Reichswehr von 100000 auf 300 000 Mann aufzustocken. Der französische Beauftragte verzögerte den Ablauf monatelang, lehnte ein von dem US-Vertreter GIBSON am 22. Juni 1932 eingebrachtes Angebot zur Vernichtung einer Reihe von US-Schiffen, Geschützen, Panzern und Flugzeugen ab und machte nur unverbindliche Gegenvorschläge. Angesichts der durchschaubaren französischen Taktik des Hinhaltens erklärte NADOLNY dann: »Die deutsche Regierung sieht sich gezwungen bekanntzugeben, daß sie sich nicht zu einer weiteren Arbeit verpflichten kann, wenn nicht eine befriedigende Lösung dieses für Deutschland entscheidenden Punktes (der Verpflichtung des Völkerbunds nach Artikel 8 seiner Satzung, Wege zur Abrüstung zu finden, W.H.) bei der Wiederaufnahme der Arbeiten der Konferenz gefunden wird.« Da nichts erfolgte, verließ die deutsche Abordnung nach zwei Tagen Genf.

6. Daraufhin wurde die Reichsregierung eindringlich gebeten, an einer neuen Abrüstungskonferenz doch wieder teilzunehmen. Sie erklärte sich nach erhaltenen verbindlichen Zusagen dazu bereit. Im März 1933 begann eine neue Konferenz. Inzwischen waren HITLER in Deutschland und ROOSEVELT in den USA an die Regierung gekommen. HITLER setzte den Kurs der Weimarer Zeit fort, indem er ein System kollektiver Sicherheit mit Verhinderung eines Angriffs anderer Staaten auf Deutschland, eine allgemeine Abrüstung der Siegerstaaten oder, wenn diese dazu nicht bereit seien, eine Verstärkung der Reichswehr auf 300000 Mann forderte. Der britische Premier Ramsey MACDONALD von der Labour-Partei schlug vor: Verdoppelung der Stärke der Reichswehr auf 200000 Mann; Frankreich, Italien, England und Polen sollten ihre Armeen auf 200000, Rußland auf 500000, die CSR auf 100 000

Mann herabsetzen; England und Frankreich sollten zusätzlich je 200000, Italien 50 000 Soldaten für ihr Kolonialreich behalten, die aber nicht in Europa eingesetzt werden dürften. Alle Staaten außer Frankreich stimmten dem zu, auch HITLER ausdrücklich in seiner Reichstagsrede am 17. Mai 1933 nach Hinweis auf die erfolgte deutsche Abrüstung, wobei er ebenso den Vorschlag von US-Präsident ROOSEVELT nach Abschaffung schwerer Angriffswaffen begrüßte: »Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind und wenn dies Deutschland zugute kommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun würden. .. Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten ROOSEVELT, von dem ich heute nacht Kenntnis erhielt, verpflichtet deshalb die deutsche Regierung zu warmem Danke. Sie ist bereit, dieser Methode zur Behebung der internationalen Krise zuzustimmen, denn auch sie ist der Auffassung, daß ohne die Lösung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist. Sie ist bereit, sich an diesem Werke der Inordnungbringung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt uneigennützig zu beteiligen. Sie ist, wie ich schon eingangs betonte, ebenso überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann: den Frieden der Welt zu sichern.. . Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ein gleiches tut. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern an seine Sicherheit.«

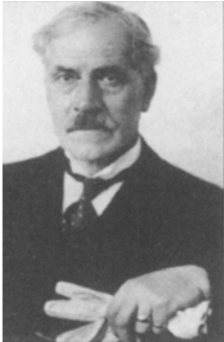
7. Nachdem der neue französische Vertreter Paul BONCOURT die Vorschläge Londons und Washingtons mit Hinweis auf die Hunderttausende militärisch ausgebildeter SA-Männer abgelehnt hatte, ließ NADOLNY erstmals am 5. Juni 1933 vorsichtig ein zunehmendes Desinteresse des Reiches an der Konferenz durchblicken. Am 12. Oktober 1933, vier Tage vor dem vorgesehenen Sitzungsbeginn, setzte John SIMON, der Leiter der amerikanischen Abordnung, NADOLNY in Kenntnis von »der Unmöglichkeit, Deutschland eine Aufrüstung zuzugestehen, und der Notwendigkeit, vor der Kontrolle eine Prüfung einzuschalten«. Von Abrüstung und Gleichberechtigung war keine Rede mehr. Zwei Tage später reiste die deutsche Delegation aus Genf ab, und am selben Tag noch schied das Reich aus dem Völkerbund aus. HITLER beantragte am selben Tag noch die Auflösung des Reichstags mit Neuwahlen und setzte eine Volksabstimmung über die Politik der Reichsregierung an. Die Abstimmung fand am 12. November 1933 statt und brachte 92 Prozent für die Liste der NSDAP.

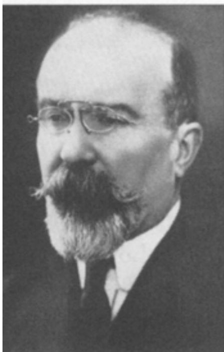
8. Am 29. Januar 1934 machte der Engländer MACDONALD neue Vorschläge zur Abrüstung, die HITLER begrüßte. Der damalige britische Unter-

[5] Zitiert in Max DOMARUS, *Hitler. Reden 1932 bis 1945*, Bd. I, 1, R. Löwith, Wiesbaden 1973, S. 276 f.

Staatssekretär EDEN kam aus London nach Berlin. Als EDEN am 17. Februar in Paris mit Außenminister BARTHOU sprach, schob dieser wieder die SA-Verbände als Hinderungsgrund vor. Am 21. Februar traf EDEN in Berlin ein und trug die französischen Einwände in bezug auf die SA vor. HITLER erklärte ihm, daß die Reichsregierung bereit sei, diese Verbände abzurüsten, ihnen einen nichtmilitärischen Status zu verleihen, ja gegebenenfalls die SA ganz aufzulösen.[1]

9. EDEN weilte am 26. Februar 1934 in Rom, wo er mit MUSSOLINI sprach, der sich dem deutsch-britischen Standpunkt anschloß. Die Folgerungen aus dem anschließenden Bericht EDENS, den Premier BALDWIN allen betroffenen Regierungen zukommen ließ, wurden nur von Frankreich sabotiert.





Von oben: Ramsay MACDONALD und Louis BARTHOU.

10. Am 22. März 1934 veröffentlichte die Reichsregierung den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1934/35. Er sah eine Erhöhung des Wehretats um 220 Millionen RM vor, so daß der Gesamtetat der Reichswehr 890 Millionen RM ausmachte. Frankreich, das in den vorangegangenen Jahren seinen Wehretat aus Gründen seiner >Sicherheit< jährlich erhöht hatte, gab für dieses Jahr die viel höhere Summe von 16 Milliarden Franc an. Dennoch nahm Frankreich die deutsche Erhöhung zum Anlaß, den in französischen Regierungskreisen ungeliebten Abrüstungsgedanken weiter zu schwächen.

11. In der »BARTHOU-Note« vom 17. April 1934 verkündete Paris, daß sich Frankreich als Folge des »eigenmächtigen« Handelns der deutschen Regierung nicht mehr an Artikel 8 und Teil V des Völkerbundvertrages gebunden fühle, daß »die französische Regierung sich feierlich weigert, einer deutschen Wiederbewaffnung zuzustimmen«, und daß Frankreich »von nun an seine Sicherheit mit eigenen Mitteln gewährleisten wird«. Damit war das Scheitern der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes, eines wesentlichen Teiles der Versailler Friedensvereinbarungen, besiegelt.

12. In der Folgezeit rüsteten fast alle europäischen Nationen, zuzüglich der USA und Japans, schnell auf, lediglich Berlin hielt sich zurück. Am 22. 7. 1934 warf Frankreichs Marschall PETAIN die Frage der Wehrdienstverlängerung auf zwei Jahre auf, die am 16. März 1935 vom Parlament beschlossen wurde. Die Luftflotte erhielt 1934 einen zusätzlichen Kredit von 3,5 Milliarden Franc. In London gab Premierminister BALDWIN am 19. Juli 1934 vor

[1] Diese Vorschriften würden besagen, daß die SA und SS keine Waffen besitzen, keine Ausbildung an Waffen erhalten, nicht in militärischen Lagern zusammengezogen oder ausgebildet werden, weder direkt noch indirekt durch Offiziere der regulären Armee ausgebildet werden, keine Felddienstübungen vornehmen oder daran teilnehmen dürfen. Die Überwachung sollte einer internationalen Kommission übertragen werden. Aus *Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten* 1934/35, Essener Verlagsanstalt, Essen 1942, S 27.

Die Versailler Bestimmungen legten fest, daß die erzwungene Abrüstung des Deutschen Reiches ein erster Schritt zu einer umfassenden Abrüstung Europas und der Welt sei. Die Genfer Abrüstungskonferenz hatte keine spürbaren Ergebnisse erreicht. Alle europäischen Staaten rüsteten zu Beginn der dreißiger Jahre tüchtig auf. Die zeitgenössische Tafel spiegelt das Empfinden wider, an das Hitler anknüpfte, als er Deutschland wiederaufrüstete.

dem Unterhaus die Absicht bekannt, 41 neue Geschwader aufzustellen und Flotte wie Armee zu stärken. In Polen wurde am 24. September 1934 durch Marschall PILSUDSKI die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, die alle Männer zwischen 17 und 60 Jahren und sogar Frauen betraf. MUSSOLINI verkündete am 24. August 1934 die Absicht, das italienische Heer auf 600000 Mann zu verstärken sowie die Flotte zu vergrößern. Der tschechische Präsident MASARYK ließ am 28. Dezember 1934 in der Tschechoslowakei die zweijährige Dienstzeit einführen. Am 28. Oktober 1934 gab der belgische König die Absicht bekannt, die belgischen Grenzbefestigungen zu modernisieren. Sogar die Schweiz verlängerte am 6. Dezember 1934 die militärische Dienstpflicht um einen Monat. In Rußland wurde der Wehretat 1934 von 1,7 auf 5 Milliarden Rubel erhöht. Am 22. Februar 1934 verkündete der Stabschef der sowjetischen Luftstreitkräfte, CHRIPIN, daß die Sowjetunion die größte Luftmacht der Welt werden wolle. Am 25. Februar 1934 gab der Oberbefehlshaber der sowjetischen Ostseeflotte bekannt, daß diese verdoppelt werden solle. 30. 1. 1935 erklärte Kriegskommissar TUCHATSCHEWSKY auf dem VII. Allrussischen Rätekongreß, daß die Rote Armee von 600000 auf 940000 Mann erhöht werde. Am 23. Juli 1934 erklärte US-Präsident ROOSEVELT auf dem Kreuzer >Houston<, daß die US-Flotte um 300000 Tonnen neuer Einheiten vergrößert werde und der Neubau von 2320 Kampfflugzeugen beabsichtigt sei. Nach dem Scheitern der Abrüstungsverhandlungen und allen diesen Vorgängen der Aufrüstung in den anderen Staaten legte am 16. März 1935 auch HITLER dem Reichskabinett die Gesetzesvorlagen zur Einführung der allgemeinen Dienstpflicht vor.

13. Nach Verhandlungen ab März 1935 schlossen am 18. Juni 1935 Berlin und London das Deutsch-britische Flottenabkommen. Es sah unter Bruch der Versailler Bestimmungen vor, daß die Gesamttonnage der deutschen Kriegsflotte auf 35 Prozent der des britischen Commonwealth erhöht werden durfte, die französische Kriegsflotte sollte 30 Prozent über der deutschen liegen; das Verhältnis der U-Boote sollte 45 zu 100, später 1 zu 1 betragen. Deutschland verpflichtete sich, die internationalen Bestimmungen über den U-Bootkrieg einzuhalten, insbesondere keinen uneingeschränkten U-Bootkrieg zu führen.

Damit erlangte Deutschland, international anerkannt, ein weiteres Stück der Wehrhoheit zurück, nachdem alle Versuche, zu einer allgemeinen Abrüstung zu gelangen, vor allem an Frankreichs Ablehnung gescheitert waren.[6]

Wolfgang Hackert

⇨ »Glauben Sie, daß Deutschland eine solche Freiheit zur Wiederaufrüstung gehabt hätte, wenn eine gerechte Konvention über eine allgemeine Rüstungsbeschränkung zur gegebenen Zeit unterzeichnet worden wäre?« - das meinte sogar der Sozialist Leon BLUM am 14. Juni 1934 vor der französischen Abgeordnetenkammer.

[6] Ausführlicher in: Wolfgang HACKERT, »Zur Vorgeschichte der Wiederbewaffnung von 1935« in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, Nr. 3, 1993, S. 18-22.

Wiederherstellung der Wehrhoheit im Rheinland 1936

Am Samstag, dem 7. März 1936, marschierten deutsche Truppen in die sogenannte (seit 1919) entmilitarisierte Zone des Rheinlandes unter dem großen Jubel der dort lebenden deutschen Bevölkerung ein. Mit diesem Akt wurde nach fast 17 Jahren die Wehrhoheit auf dem Gebiet des Deutschen Reiches wiederhergestellt.

Formal verstieß dieser >Einmarsch< gegen die Artikel 42 bis 44 des Versailler Diktates, das der SPD-Abgeordnete Philipp SCHEIDEMANN am 12. Mai 1919 vor einer in Berlin abgehaltenen Tagung der Weimarer Nationalversammlung einen »Mordplan« genannt hatte.

Verschiedene Umerzieher sprechen heute von einem »Vertragsbruch« HITLERS,[1] den dieser angeblich mit dem Einmarsch in das Rheinland begangen habe, und werfen ihm das als friedengefährdende Handlung vor. Sie verschweigen aber dabei geflissentlich die Vertragsbrüche, die schon vorher die Alliierten gegen das Versailler Diktat selbst verübt oder geduldet hatten: den Überfall der Litauer im Januar 1923 auf das Memelland und die nachfolgende Annexion dieses Gebietes durchVilnius mit Anerkennung durch die Westmächte; den Einfall der Franzosen und Belgier im Januar 1923 in das Ruhrgebiet und dessen jahrelange widerrechtliche Besetzung; die Abtretung Ostoberschlesiens 1921 an Polen trotz der für Deutschland erfolgreichen Volksabstimmung vom 20. März 1921; die Nichterfüllung der im Versailler Diktat zugesagten allgemeinen Abrüstung



Deutsche Truppen beim Einmarsch ins Rheinland

[1] Joachim IMMISCH (Hg.), *Europa und die Welt,* Ausgabe B, Bd. 4, *Das 20. Jahrhundert,* Schöningh-Schroedel, Hannover 1966.

von seiten der Westmächte, obwohl Deutschland völlig abgerüstet hatte (siehe Beitrag Nr. 104 »Zur deutschen Wiederbewaffnung 1935«).[2]

HITLERS Einmarsch in das Rheinland erfolgte also nach einer Reihe von Vertragsbrüchen der Alliierten. Hinzu kam die jedes Selbstbestimmungsrecht und jede Souveränität verhöhnende Bedeutung dieser entmilitarisierten Zone.

Was bedeutete diese sogenannte Entmilitarisierung? Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges (insbesondere Frankreich) hatten sich damit gegen Deutschland ein Aufmarschgebiet gesichert, das eine ständige Bedrohung des Reiches war. Es war zudem nicht nur das gesamte linksrheinische Gebiet von deutschen Truppen »entmilitarisiert«, sondern auch ein über 50 Kilometer breiter Streifen auf der rechten Rheinseite. Alliierte Truppen waren aber in diesem Bereich reichlich stationiert.

Alle deutschen Parteien forderten selbstverständlich die Beseitigung dieser entmilitarisierten Zone. Schon in einer Denkschrift aus dem Reichswehrministerium, erstellt von Joachim VON STÜLPNAGEL vom 6. März 1926, wurde diese Forderung klar ausgesprochen.

Nach 1933 kam es in Europa zu mannigfachen Veränderungen der internationalen Lage, die ebenfalls als Verstoß gegen das Versailler Diktat betrachtet werden können. Im Mai 1935 wurde zwischen Frankreich und Rußland ein Militärpakt abgeschlossen, der sich eindeutig gegen Deutschland richtete. Außerdem erhöhte Frankreich im März 1935 die Dienstzeit der Wehrpflichtigen: Die folgenden Jahrgänge bis 1939 mußten ein Jahr länger dienen. Zudem wurde das Durchschnittsalter der französischen Rekruten auf 20 Jahre herabgesetzt, was einen Jahrgang mehr unter die Waffen brachte und die Zahl der Berufssoldaten vermehrte. Zusätzlich wurde die Lage dadurch noch komplizierter, daß Rußland und die Tschecho-Slowakei einen im Text fast gleichlautenden Militärpakt abschlossen (in Prag am 16. Mai 1935).

In England sah man schon klar voraus, daß Deutschland die Rheinlandzone besetzen würde. VANSITTART legte dem Londoner Kabinett eine Denkschrift vor, in der zu lesen war, daß das Versailler System zusammengebrochen sei - also schon vor HITLERS Handeln. VANSITTART setzte sich angesichts dessen für eine umfassende Aufrüstung Großbritanniens ein, die dann auch bald eingeleitet wurde - entgegen den Zusagen zur allgemeinen Abrüstung.[3]

Adolf HITLER hatte schon in einer Rede am 21. Mai 1935 auf die Unvereinbarkeit des französisch-russischen Paktes mit dem Vertrag von Locarno (deutsch-westalliierter Sicherheitsvertrag von 1925) hingewiesen. Ebenso geschah dies in einer Note der Reichsregierung an alle Locarno-Mächte vom 25. Mai 1935.

Daß Frankreich 1936 nicht gegen Deutschland den Krieg begann, findet ausgerechnet Wolfgang STRESEMANN (einer der beiden Söhne des früheren Reichsaußenministers Gustav STRESEMANN) unbegreiflich.[4] Auch Willy BRANDT jammerte darüber,[5] daß die Franzosen auf die - wie er es nennt - »vertragswidrige Remilitarisierung des Rheinlandes« nicht militärisch rea-

[2] Siehe Gerhard BAUMFALK, *Tatsachen zur Kriegsschuldfrage,* Grabert, Tübingen 2000, insb. S. 500-510.

[3] Oswald HAUSER, *England und das Dritte Reich,* Bd. 1, Seewald, Stuttgart 1972, S. 191 ff.

[4] Wolfgang STRESEMANN, *Wie konnte es geschehen?,* Ullstein, Berlin 1987, insbes. S. 170.

[5] Willy BRANDT, *Links undfrei,* Hoffmann und Campe, Hamburg 1982, S. 132. Ferner: Hans Georg LEHMANN, *In Acht und Bann,* C. H. Beck, München 1976.

gierten. In der *Südwest-Presse* vom 7. März 1986 hat ebenso ein von keinerlei Sachkenntnis getrübter Schreiber gemeint, die Rechtslage sei glasklar gegen HITLER gewesen, und verweist dabei auch noch auf den Locarno-Vertrag!

Von verschiedenen Publizisten wird die Lüge verbreitet, die deutschen Truppen seien am 7. März 1936 mit 30 000 Mann über den Rhein marschiert. In Wirklichkeit zogen aber an diesem Tag nur drei Bataillone (ein Bataillon hatte die Sollstärke von etwa 1000 Mann) ins Rheinland. Sogar der *Spiegel* mußte zugeben, daß es nur drei Bataillone mit nicht viel mehr als 2500 Mann waren, die über den Rhein gingen. Auch der Franzose Raymond CARTIER schreibt, daß nur drei Bataillone über den Rhein gefahren wurden: je ein Zug nach Aachen, Trier und Saarbrücken.[7] Eine armselige Geschichtsklitterung bringt das *Parlament*, das Organ des Bundestages:[8] Die Wiedererlangung der Wehrhoheit wird dort als »Politposse« bezeichnet, was den Mangel jedes politischen Verständnisses des Schreibers offenbart. Zudem sind dort die Zahlenangaben unrichtig.

[6] *Der Spiegel* Nr. 33, 14. 8. 1989, S. 102 ff.

[7] Raymond CARTIER, *Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg*, Piper, München 1982, S. 383.

[8] *Das Parlament* Nr. 10, 8. 3. 1986.

Die 1936 erfolgte Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit auf deutschem Boden ist ein Dauerbrenner der Antideutschenpropaganda. Zum Vergleich seien nur zwei weltpolitisch wichtige Ereignisse genannt, die zu denken geben sollten:

Am 17. Dezember 1961 hatte NEHRU das in Indien liegende kleine Land Goa (Portugiesisch-Indien) in einem kurzen militärischen Überfall für Indien in Besitz genommen. Die portugiesische Souveränität war eigentlich unanfechtbar und vom Internationalen Gerichtshof anerkannt. Dem Ansehen des Herrn NEHRU hat dieser Coup aber nicht geschadet.

Die USA haben 1983 die kleine karibische Insel Grenada angegriffen bzw. besetzt. Dem Ansehen von Präsident REAGAN hat das auch nicht geschadet.

Aus dem Memorandum der Reichsregierung an die Signatarmächte des Locarno-Paktes vom 7. März 1936



»Sofort nach Bekanntwerden der am 2. Mai 1935 unterzeichneten Paktes zwischen Frankreich und der Sowjetunion hat die Deutsche Regierung. . . darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreichs Verpflichtungen aus diesem Pakt mit seinen Verpflichtungen aus dem Rheinakt nicht vereinbar sind. . . Es ist unbestritten, daß sich der französisch-sowjetische Pakt ausschließlich gegen Deutschland richtet. ..

Nach der nunmehr erreichten endlichen Gleichheitsberechtigung Deutschlands und der Wiedererlangung der vollen Souveränität über das gesamte Reichsgebiet ist der Hauptgrund für den seinerzeitigen Austritt aus dem Völkerbund behoben. Deutschland ist daher bereit, wieder in den Völkerbund einzutreten. Es spricht dabei die Erwartung aus, daß im Laufe einer angemessenen Zeit. .. die Frage der kolonialen Berechtigung sowie der Trennung des Völkerbundstatuts von seiner Versailler Grundlage geklärt wird.«

Bombenschwindel um Guernica

Bei dem Namen >Guernica< denkt man unwillkürlich an das Mammutbild (7,32 m auf 3,50 m) von Picasso *Im muerte de Guernica* (Der Tod von Guernica). Es wird als Dokument deutscher Grausamkeit gezeigt. Von 1939 bis 1981 hing es im Museum of Modern Art in New York, dann im Prado-Museum in Madrid. Es hätte in den USA besser den Titel getragen: »In memoriam Hiroshima und Nagasaki«.

Unter Berufung auf die Kunstzeitung *Artium* meldete *Bild* am 11. 11. 1998, Picasso habe das berühmte Antikriegsbild bereits Monate vor dem Luftangriff auf Guernica als spanischen Beitrag für die Weltausstellung in Paris entworfen. Auftraggeber sei die spanische Volksfrontregierung gewesen, die den Künstler zum Direktor des >Prado< in Madrid ernannt und ihm für das Gemälde »eine außerordentlich hohe Summe« gezahlt habe. Erst nach dem Bombenangriff sei das Bild >Guernica< genannt worden. Die linke Propaganda, die es dann in aller Welt berühmt machte, erweckte also unberechtigt den Eindruck, daß das Gemälde, das heute im >Königin-Sofia-Museum< in Madrid hänge, demnach eine künstlerische Antwort auf den Luftangriff sei.

Guernica ist ein kleines Städtchen in Spanien, etwa 15 bis 20 Kilometer östlich von Bilbao gelegen. Zur Zeit des Spanischen Bürgerkrieges zählte Guernica rund 5000 Einwohner. In der Antideutschenpropaganda spielt der Name dieser Stadt seit Jahrzehnten eine makabre Rolle.

Was war geschehen? Von 1936 bis 1939 fand in Spanien ein blutiger Bürgerkrieg statt, der rein innenpolitische Ursachen hatte. Diese Ursachen haben



Pablo Picassos Werk *La muerte de Guernica.*